

# Arbeitsheft

Nummer 3

## **Wahlprogramm zur Landtagswahl 2009**

**Antrag an die 3. Tagung des 1. Landesparteitages der Brandenburger LINKEN**

**EinreicherInnen: Landesvorstand und Landtagsfraktion**

**Stand: Nach der Behandlung im Landesvorstandssitzung am 09. Mai 2009**

---

1. Parteitag, 3. Tagung  
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg  
16. Mai 2009  
Blossin

**1 Krise bewältigen – Armut bekämpfen – Demokratie stärken –  
2 Zukunft gewinnen: Es ist an der Zeit. Für Brandenburg.**

3  
4 **Wahlprogramm zur Landtagswahl 2009**  
5 **Antrag an die 3. Tagung des 1. Landesparteitages der Brandenburger LINKEN**  
6 **EinreicherInnen: Landesvorstand und Landtagsfraktion**  
7 **Stand: Nach der Behandlung im Landesvorstand am 09. Mai 2009**

8 (mit Ü=Übernahmen und TÜ=Teilübernahmen von Anträgen)  
9  
10

11 **Worum es geht in diesen Zeiten ..... 3**

12 **1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und ökologisch  
13 erneuern. .... 5**

- 14 Von Arbeit muss man leben können ..... 5
- 15 Öffentlich geförderte Beschäftigung ..... 5
- 16 Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung ..... 6
- 17 Förderinstrumente anpassen ..... 7
- 18 Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern ..... 7
- 19 Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen ..... 8
- 20 Zukunftsfaktor Tourismus ..... 8
- 21 Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung ..... 8
- 22 In der Region verankern, was Brandenburg kann ..... 9
- 23 Forstwirtschaft ..... 9
- 24 Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial ..... 10
- 25 Energiewende forcieren ..... 10
- 26 Ökologie durch Konversion plus Beschäftigungsförderung ..... 12
- 27 Verantwortung für die Natur ..... 12

28 **2. Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder. Bezahlbare  
29 Lebensumstände für alle. .... 14**

- 30 Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle ..... 14
- 31 Kinder vor Armut schützen! ..... 15
- 32 Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen ..... 15
- 33 Verbraucher schützen ..... 16

34 **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an ..... 17**

- 35 Was wir haben – und was wir brauchen ..... 17
- 36 Für ein Höchstmaß an individueller Förderung ..... 17
- 37 Auf den Anfang kommt es an ..... 18
- 38 Eine Schule für alle ..... 18
- 39 Gutes Personal ..... 19
- 40 Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend ..... 19
- 41 Qualifizierte Berufsausbildung ..... 20
- 42 Eine neue Hochschulpolitik ..... 20

43	Soziales Studium – Soziale Hochschule.....	21
44	Qualität der Lehre.....	21
45	Demokratie in der Hochschule.....	21
46	Freiheit von Forschung und Lehre.....	22
47	Hochschulzugang.....	22
48	Weiterbildung.....	22
49	Kultur für alle gewährleisten.....	23
50	Kulturelle Bildung.....	23
51	Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen.....	24
52	Musikschulen.....	24
53	Theater und Bibliotheken.....	25
54	Mehr Mut zu Entscheidungen.....	25
55	Medien.....	25
56	<b>4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken, Toleranz leben.</b>	<b>27</b>
57	.....	<b>27</b>
58	Starke Kommunen.....	27
59	Zentrale Orte.....	27
60	Interkommunale Zusammenarbeit.....	28
61	Auskömmliche Kommunalfinanzierung.....	28
62	Wohnen ist Menschenrecht.....	29
63	Umweltgerechte Mobilität für alle sichern!.....	29
64	Verkehrspolitische Kurswechsel.....	30
65	Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen.....	30
66	Gesundheitsversorgung.....	31
67	Brandenburgs Jugend.....	31
68	Sport.....	32
69	Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger.....	32
70	Stärkung der Bürgerrechte.....	33
71	Öffentliche Sicherheit.....	33
72	Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen.....	34
73	Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten.....	34
74	Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken.....	34
75	Brandenburg-Berlin – ein Region mitten in Europa, ein Teil der Einen Welt.....	35
76	Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße.....	36
77	Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden.....	36
78	<b>5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen.....</b>	<b>37</b>
79	<b>Es ist an der Zeit.....</b>	<b>39</b>

## 80 *Worum es geht in diesen Zeiten*

81 Es ist Zeit, vieles neu zu ordnen. Brandenburg, Deutschland und die Welt stecken in einer tiefen Krise.  
82 Deren Folgen müssen begrenzt und die Bürgerinnen und Bürger vor ihnen geschützt werden.  
83 Arbeitsplätze sind zu erhalten – für Stammebelegschaften wie für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.  
84 Es gilt, Existenzen zu sichern, Ersparnes zu bewahren. Und: Es muss an die Wurzeln gehen. Die Welt  
85 nach der Krise darf nicht dieselbe sein wie vorher.

86 | In einem Wirtschaftssystem wie dem gegenwärtigen, entfesselten Kapitalismus, in dem Geld und  
87 Gewinn der Maßstab aller Dinge sind, ist mehr nötig als der Appell an allgemeine Werte und  
88 Verantwortungsbewusstsein, mehr als die moralische Verurteilung von Gier und Egoismus, um soziale  
89 Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft in Übereinstimmung zu bringen. Notwendig sind  
90 gesellschaftliche Gegengewichte und politische Vorgaben: Rendite und Vernunft, kurzfristiger  
91 Gewinn und Nachhaltigkeit, Profit und Gemeininteresse, Gesellschaft und Individuum, Staat und  
92 Markt, Umwelt und Wirtschaft, Ökologie und Lebensweise – all diese Beziehungen müssen neu  
93 geordnet werden. Wer sich ökonomisch und finanziell der Verantwortung entzieht, muss von der  
94 Gesellschaft zur Verantwortung gezogen werden können. Sinngemäß soll es innerhalb der  
95 Unternehmen laufen. Aufsichtsräte müssen tatsächlich und mit Konsequenz Aufsicht führen;  
96 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit bestimmen können. Die soziale Marktwirtschaft muss wieder  
97 hergestellt und Schritt für Schritt ~~zu einer demokratischen Marktwirtschaft~~ weiter entwickelt werden.  
98 Unser Weg ist der sozialökologische Umbau, die solidarische Erneuerung und die konsequent  
99 demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Idee des demokratischen Sozialismus bleibt unser  
100 Ziel. [ÄÄ; 3.1 TÜ mit Neufassung; 7.1 TÜ mit Neufassung; noch offene Anträge: 4.1, 9.1 und  
101 9.4]. Darum geht es in diesen Zeiten. Darum geht es der LINKEN.

102 Es ist gut, wenn die SPD Kraft zur Selbstkritik aufbringt – zur Selbstkritik daran, dass man sich der  
103 Logik des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verschrieben hat. Es ist gut, wenn sich sogar der  
104 brandenburgische Ministerpräsident angesichts dessen auf die Ideen eines demokratischen Sozialismus  
105 besinnt. Doch was nutzt das, wenn der Koalitionspartner CDU sich dem in den Weg stellt? Der Weg  
106 vom Bekenntnis zur politischen Tat ist spätestens dann blockiert. Bekenntnisse allein aber reichen  
107 heute nicht aus. Wir, die LINKEN, wollen, dass jetzt politisch gehandelt wird – konkret, hier und  
108 heute, im Interesse der Menschen [ÄÄ 3.2 TÜ in Zeile 98].

109 Wir verstecken uns auch jetzt, in der weltweiten Krise, nicht hinter der Globalisierung. Brandenburg  
110 selbst ist Teil der Welt, die diese Krise hervor gebracht hat. Beginnen wir also hier und von hier aus,  
111 unsere Welt in Ordnung zu bringen.

112 Denn auch in Brandenburg ist es Zeit, vieles neu zu ordnen. Als die Krise ausbrach, war unser Land  
113 noch lange nicht auf einem gesunden Entwicklungsweg ~~gesunden Wachstums und zu stabilem~~  
114 ~~Wohlstands~~ für alle [ÄÄ 4.2; ÄÄ 7.2]. Sicher: Die schlimmen Turbulenzen nach dem  
115 Zusammenbruch der DDR und dem Wüten der Treuhandanstalt waren vorbei. Viele von uns haben  
116 einiges erreicht. Sie haben für sich und das Land etwas aufgebaut - und so auch ernsthaft etwas zu  
117 verlieren. Doch die Gefahr begann schon vor der Krise. Galoppierende Preise und nicht mit haltende  
118 bescheidene Einkommen, immer mehr [ÄÄ 9.2] schlechte Bezahlung und schlechte  
119 Arbeitsverhältnisse - das alles untergrub das, was in Brandenburg erreicht worden war. Für viele  
120 andere hatte zudem die persönliche Katastrophe schon viel eher begonnen und dauert immer noch an:  
121 durch Langzeitarbeitslosigkeit – teils schon über Generationen – und Armut unter dem Druck von  
122 Hartz IV. Wieder andere – und es werden immer mehr – arbeiten von früh bis spät und erhalten dafür  
123 doch so wenig, dass sie eine Aufstockung aus dem Hartz-IV-Topf benötigen, um wenigstens dieses  
124 Mindestniveau zu erreichen.

125 Schließlich die Kinder und Jugendlichen. In Brandenburg gilt: Je jünger, desto höher das  
126 Armutsrisiko. Was für ein Skandal! Materielle Armut geht einher mit schlechteren Bildungschancen  
127 und höheren Gesundheitsrisiken. Unser Schulsystem ist nicht geeignet, alle jungen Menschen gut auf  
128 Leben und Beruf vorzubereiten. Die Hochschulen sind überlastet, die Qualität der Lehre steht in der  
129 Kritik. Berufseinsteiger finden schwer Arbeit.

130 Brandenburg ist zudem ein Land mit großen Verwerfungen. Bei Verdienst und Einkommensniveau  
131 der privaten Haushalte gibt es gewaltige regionale Unterschiede. Große Teile des Landes leiden weiter  
132 unter Abwanderung, wirtschaftlicher Schwäche und mangelnder Zuwendung durch die Landespolitik.  
133 Die öffentliche Daseinsvorsorge ist gefährdet, die Finanzausstattung unzureichend.

134 Die Landesregierung hat sich bemüht, bestimmte Fehler der Vergangenheit – wie die  
135 Geldverschwendung für illusionäre Großprojekte – zu vermeiden. Aber sie hat neue Fehler gemacht.  
136 Sie hat dem Abbau des traditionellen Sozialstaates zugestimmt – außer der Idee eines neuen,  
137 „vorsorgenden“ Sozialstaates aber nichts an dessen Stelle gesetzt, was Armut durchgreifend verhindert  
138 und Aufstiegsmöglichkeiten für alle gesichert hätte. Sie hat auf die Stärken des Landes gesetzt, ohne  
139 [ÄA 3.3] damit seinen Schwächen einen helfenden Impuls geben zu können. Sie hat auf Erneuerung  
140 aus eigener Kraft gesetzt – aber keine neue Kraft schaffen können.

141 Viele im Land hegten einerseits die Hoffnung, Brandenburg sei nun auf dem richtigen Weg. Doch  
142 andererseits sieht eine Mehrheit im Land: die Verhältnisse sind nicht gerechter geworden, die  
143 Lebensverhältnisse haben sich nicht nachhaltig zum Positiven gewendet.

144 Was ist jetzt zu tun?

145 Wir wollen das, was im Guten den Lebensstandard in Brandenburg ausmacht, verteidigen, erhalten  
146 und ausbauen. Wir wollen, dass diejenigen, die davon bislang nicht profitieren konnten, künftig daran  
147 teilhaben. Wir wollen, dass das dann Erreichte krisenfester [\[ÄA 3.4 Ü\]](#) ist.

148 Stabilisierung und Wandel, soziale Sicherung und ökologischer wie ökonomischer Fortschritt, eine  
149 gestärkte Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat, Krisenbewältigung und Arbeit an der  
150 Zukunft müssen gewährleistet werden und Hand in Hand gehen.

151 Im Zentrum unserer politischen Bemühungen stehen: [\[ÄA 4.3 TÜ; ÄA 9.3 TÜ; noch offen ÄA 3.5\]](#)

152 ⇒ Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann [und ein sozialökologischer Umbau der](#)  
153 [Gesellschaft](#)

154 ⇒ soziale Sicherung, Bekämpfung von Armut, bezahlbare Lebensumstände und bessere  
155 Lebensbedingungen für Kinder

156 ⇒ gute Bildung und Kultur für alle sowie der

157 ⇒ Anspruch eines jeden darauf, in einem funktionierenden verlässlichen Gemeinwesen leben zu  
158 können.

159 Wandel auf breiter Front tut not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken, auch nicht  
160 finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess politischer,  
161 gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen in Gang zu setzen – und an den  
162 richtigen Stellen zu beginnen. [\[ÄA 9.4 TÜ in Zeile 85\]](#) Deswegen machen wir in unserem  
163 Wahlprogramm 2009 politische Schlüsselvorhaben deutlich, mit denen wir den Wandel einleiten  
164 wollen. Es sind Vorhaben, mit denen wir auf zentrale Erwartungen der Brandenburgerinnen und  
165 Brandenburger reagieren. Es sind Vorhaben, die sich aus der bisherigen Landesentwicklung als  
166 nächster logischer Schritt ergeben, wenn man das Positive in Brandenburg wahren, ausbauen und für  
167 alle wirksam machen will. Es sind Vorhaben, die über sich selbst hinaus weisen, deren Wirkung  
168 vielfältig und nachhaltig sein wird. Es sind Vorhaben, die für uns zum Fundament eines politischen  
169 Bündnisses für ein neues Brandenburg gehören – eines Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und  
170 Regierung, das sich ein solidarisches, zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum  
171 Ziel setzt.

172

173

174 **1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und**  
175 **ökologisch erneuern.**

176

177 **Von Arbeit muss man leben können [ÄÄ 3.6]**

178 Durch die Krise sind auch in Brandenburg tausende Arbeitsplätze bedroht. Viele Unternehmen haben  
179 bereits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kurzarbeit gesetzt. Es ist richtig, dass die Bezugsdauer  
180 für Kurzarbeitergeld verlängert wurde. In Verbindung mit Weiterbildung und Qualifizierung kann dies  
181 zukünftige Beschäftigungsperspektiven verbessern. Arbeitsmarktpolitik und Sicherung von  
182 Wirtschaftsstandorten sind aufs engste verzahnt, soziale Verantwortung erweist sich als  
183 „Standortfaktor“ von existenzieller Bedeutung. So kann es aussehen, wenn soziale Verantwortung und  
184 wirtschaftliche Vernunft zusammen finden. Die Landesregierung hat demgegenüber bislang auf eine  
185 Niedriglohnstrategie gesetzt; der CDU-Wirtschaftsminister hat offensiv für Brandenburg als  
186 Billiglohnland geworben. Diese Politik hat sich nicht ausgezahlt. Brandenburgs Wirtschaft ist auf  
187 dieser Grundlage nicht stabiler geworden. Gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerinnen und  
188 Arbeitnehmer, aber auch Schulabgängerinnen und Schulabgänger wandern ab, weil sich ihnen in  
189 anderen Bundesländern bessere Einkommens- und damit Lebensperspektiven bieten. Das Wort vom  
190 Fachkräftemangel macht auch angesichts dessen schon lange die Runde – und das Problem wird sich  
191 noch verschärfen, wenn nicht gegengesteuert wird.

192 Deswegen muss sich etwas ändern: Von guter Arbeit muss man vernünftig leben können. Deswegen  
193 fordern wir ein Bundesgesetz, das flächendeckend und generell einen Existenz sichernden  
194 Mindestlohn, Flächentarifverträge, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, sowie eine hohe  
195 Tarifbindung der brandenburgischen Unternehmen müssen angestrebt werden. ~~durchgesetzt.~~ [ÄÄ 9.5 Ü]  
196 Mit dem Flickwerk der Großen Koalition im Bund muss Schluss sein! Was existenznotwendig für  
197 Menschen ist, hängt nicht davon ab, in welcher Branche sie beschäftigt sind, ob sie zur  
198 Stammbesellschaft oder zu Zeitarbeitsfirmen gehören. Und auch nicht von ihrer Nationalität. Wir sind  
199 für eine europaweite Arbeitnehmerfreizügigkeit – sie dient nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern  
200 auch dem kulturellen Austausch. Sie ist für uns nicht in erster Linie Teil der unternehmerischen,  
201 sondern vor allem der individuellen Freiheit der Menschen. Doch so wird sie sich nur auf der  
202 Grundlage europäischer sozialer Standards entfalten – andernfalls führt sie zur Ausbreitung von  
203 Dumpinglöhnen und prekärer Beschäftigung. Wenn wir für solche europäischen Standards kämpfen,  
204 dann gehört der Mindestlohn in Deutschland dazu. In fast allen anderen EU-Ländern ist er bereits  
205 Realität. Wir werden deswegen keiner Landesregierung beitreten, die sich nicht zum Kampf für einen  
207 Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn verpflichtet.

209 Im Land selbst arbeiten wir für ein Landesvergabegesetz, damit  
211 der Zuschlag bei öffentlichen Aufträgen an tarifliche und  
213 soziale Mindeststandards gebunden wird. Wer öffentliche  
215 Aufträge ausführt, muss seinen Mitarbeiterinnen und  
217 Mitarbeitern auch Tariflöhne zahlen – mindestens jedoch auf  
219 dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns.

Schlüsselvorbaben 1:  
**Landesvergabegesetz – tarifliche  
und soziale Mindeststandards bei  
öffentlichen Aufträgen**

220 Öffentliche Förderung für Unternehmen sollte nicht nur an die Zahl von Arbeitsplätzen, sondern auch  
221 an die Qualität von Arbeit gebunden werden – also auch hier an eine faire Bezahlung und an Fragen  
222 wie die, ob der subventionierte Arbeitsplatz mit Leiharbeit besetzt wird oder ob das Recht der  
223 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt ist, einen Betriebsrat zu wählen. Mit öffentlichen  
224 Geldern für die Wirtschaft darf kein Lohndumping gefördert werden. Dies zieht nur weiteren  
225 Finanzbedarf nach sich, um die negativen sozialen Folgen auszugleichen. Auch das ist gemeint, wenn  
226 soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammen gebracht werden sollen.

227

228 **Öffentlich geförderte Beschäftigung**

229 Unser Ziel ist es, dass alle durch Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern, sich durch Arbeit selbst  
230 verwirklichen und durch Arbeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Vergewärtigen wir  
231 uns allerdings die ernsten, langwierigen Probleme in unserem Land – etwa die verfestigte

232 Langzeitarbeitslosigkeit oder die seit langem hohe Zahl älterer Arbeitsloser über 50 Jahre –, dann wird  
233 deutlich, dass Vollbeschäftigung in Brandenburg auf herkömmliche Weise in absehbarer Zeit nicht zu  
234 erreichen ist.

235 Aber: Wir können dennoch vielen Erwerbslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen, eine  
236 berufliche Perspektive schaffen – und zwar in öffentlich geförderter Beschäftigung. Wir setzen nicht  
237 auf perspektivlose Ein-Euro-Jobs oder Billig-Bürgerarbeit. Ein  
238 solcher öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS)  
239 organisiert sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Arbeit, die  
240 weder von privaten Unternehmen noch von der öffentlichen  
241 Verwaltung bereitgestellt wird. Damit ist der ÖBS zwischen  
242 Markt und Staat angesiedelt und soll Arbeitslosen neue berufliche  
243 Perspektiven und sozialversicherungspflichtige sowie Existenz  
244 sichernde Arbeitsverhältnisse eröffnen. Gleichzeitig wird darüber sinnvolle Arbeit verrichtet, die  
245 Ausgrenzung verhindert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Finanziert werden sollen die  
246 Beschäftigungsverhältnisse mit den Mitteln, die derzeit für Arbeitslosigkeit verwandt werden, also das  
247 Arbeitslosengeld II, die Wohnungskosten, die Sozialversicherungsbeiträge und die  
248 Aufwandsentschädigung bei einem Ein-Euro-Job. Diese Summe wollen wir mit Landesmitteln sowie  
249 Geldern aus dem europäischen Sozialfonds aufstocken, damit die Beschäftigten im ÖBS mindestens  
250 1400 Euro [ÄA 3.7] brutto im Monat erhalten. Solange der Bund nicht bereit ist, diese Form der  
251 Finanzierung zuzulassen, nutzen wir die verfügbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente und  
252 schaffen damit bis zu 15000 Stellen.

Schlüsselvorhaben 2:  
**15.000 ordentliche Arbeitsplätze  
im öffentlich geförderten  
Beschäftigungssektor**

260 Die Betreuung Arbeitsloser in zwei Rechtskreisen (SGB II und SGB III) ist unbefriedigend. Durch  
261 eine Zusammenführung muss gewährleistet werden, dass Arbeitsuchende gleichberechtigt betreut und  
262 gefördert werden. Die Regionalisierung von Arbeitspolitik muss dieses Ziel unterstützen und zur  
263 Erzeugung zusätzlicher Beschäftigungseffekte beitragen.

264

## 265 **Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung**

266 Dass Profittreiberei und blanke Marktlogik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so dominierten  
267 – genau das hat in die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krise geführt. Massenarbeitslosigkeit,  
268 Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung heute führen schließlich auch zur finanziellen Schwächung  
269 der sozialen Sicherungssysteme und bis zum Verlust von Rentenansprüchen; das Risiko von  
270 Altersarmut wächst dramatisch.

271 Jetzt steht ein Kurswechsel auf der Tagesordnung – ein Kurswechsel zu solidem Wirtschaften, zu  
272 guter Arbeit und zu guter Rente. Darauf müssen Staat und Gesellschaft hinwirken.

273 Linke Wirtschaftspolitik verfolgt daher einen komplexen, gestalterischen Ansatz. Sie ist mehr als  
274 Förderpolitik und umfasst Ordnungspolitik, Genehmigungsverfahren, Kartellrecht, Einfluss auf  
275 Preisbildung, Regulierung von Netzzugängen und nicht zuletzt auch die Stärkung tariflicher, sozial-  
276 und arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit zwischen Männern und  
277 Frauen sowie Gewährleistung demokratischer Teilhabe, z. B. durch Ausweitung der kollektiven  
278 Mitbestimmung in Unternehmen. ~~Schließlich muss~~ Wirtschaftspolitik muss mit der  
279 Regionalentwicklung verzahnt werden und die Lage unseres Landes an der deutsch-polnischen Grenze  
280 muss berücksichtigt werden. [ÄA 9.7 Ü; noch offener Antrag ÄA 9.6]

281 Zentrale Elemente sind die Erhaltung und Schaffung von Existenz sichernden Arbeitsplätzen und der  
282 Umbau der Wirtschaftsförderung unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten, damit sich die  
283 Wirtschaft nachhaltig und selbsttragend entwickeln kann.

284

285 Wir konzentrieren uns sowohl darauf, die Substanz der klein- und mittelständisch geprägten  
286 Unternehmensstruktur des Landes zu bewahren und die industriellen Kerne zu stärken, als auch  
287 darauf, neue Wirtschaftsfelder und Zukunftsbranchen zu erschließen. Brandenburgs Chance liegt vor  
288 allem bei neuen Industrien [ÄA 4.4] und Dienstleistungen, bei Wissenschaft und Innovation, wie z.B.  
289 die Biotechnologie, die erneuerbaren Energien, die Umwelttechnologie. [ÄA 4.5] Vor dem  
290 Hintergrund des tatsächlichen Leistungsspektrums der Region Brandenburg-Berlin sind international



291 herausragende Branchen wie Luft- und Raumfahrt, Medien und die Gesundheitswirtschaft besonders  
292 zu unterstützen. Das wird nur gelingen, wenn Brandenburg institutionell und politisch mit Berlin  
293 zusammenwirkt und sich eng mit der Metropole im Herzen des Landes abstimmt, um die  
294 gemeinsamen Potenziale heben zu können. Für die regionale Entwicklung und Wertschöpfung sind in  
295 den ländlichen Regionen die Agrar-, Holz- und Tourismuswirtschaft von großer Bedeutung.  
296

## 297 **Förderinstrumente anpassen**

298 Wir stehen für einen Umbau der Förderlogik und Förderstruktur im Land Brandenburg.

299 Wir gehen von einer Grundförderung in allen Regionen des Landes Brandenburg aus. Dabei allerdings  
300 sollen neben herkömmlichen Subventionen mehr und mehr Darlehen und Zinsvergünstigungen eine  
301 wichtige Rolle spielen.

302 Klassische Zuschüsse wird es auch weiterhin geben – für die gezielte Förderung von innovativen  
303 Branchen und tragfähigen Netzwerken, für die Förderung und Stärkung von regionalen  
304 Wertschöpfungsketten, grenzüberschreitenden Kooperationen sowie für Forschung und Entwicklung  
305 in klein- und mittelständischen Unternehmen sowie für den Transfer Wissenschaft–Wirtschaft.

306 Nach wie vor ist das Hauptproblem der brandenburgischen Unternehmen die Eigenkapitalschwäche.  
307 Das Bürgschaftssystem soll deshalb zur Stärkung der Eigenkapitalsituation ausgebaut werden.

308 Der Umbau der Förderlogik, den wir planen, könnte durch eine andere Kombination der  
309 Fördermöglichkeiten, durch die Neuordnung der Verantwortlichkeiten sowie [AA 7.3] durch eine  
310 bessere Nutzung der bundespolitischen und europäischen Rahmenbedingungen 100 Mio Euro  
311 Finanzmasse inhaltlich ersetzen. Der Schwerpunkt Zuschussfinanzierung in der Wirtschaftsförderung  
312 ist verstärkt mit der Darlehensfinanzierung zu ergänzen. Wir streben bis 2012 Darlehensfonds in einer  
313 Höhe von 250 Mio Euro an.

314 Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung der EU-Strukturfonds ist zur Überprüfung der Ziele der  
315 operationellen Programme der EU zu nutzen. Die Programme sind dann in Abstimmung mit den EU-  
316 Gremien sowie den regionalen Akteuren weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus sind die Ressorts der  
317 Landesregierung und ihre jeweiligen Förderprogramme stärker zu vernetzen, um ein besseres  
318 Zusammenwirken insbesondere bei komplexen Aufgaben zu erreichen, die dann auch nachhaltige  
319 Effekte bewirken.

320

## 322 **Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern**

326 95,6 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in  
328 Brandenburg sind Kleinstunternehmen mit weniger als zehn  
330 Beschäftigten und einem Jahresumsatz unter 2 Mio. Euro. Sie sind  
332 klein, haben aber große Bedeutung für Wirtschaft und  
334 Arbeitsplätze, leisten einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige  
335 Entwicklung und sind regional verankert. Sie verdienen besondere Unterstützung – und für diese  
336 Unterstützung braucht es besondere Instrumente. Oftmals sind es nur kleine Beträge, die fehlen, und  
337 herkömmliche Finanzierungswege über die Hausbank fallen aufgrund der schwachen  
338 Eigenkapitalausstattung aus. Deshalb wollen wir für klein- und mittelständische Unternehmen, für  
339 Handwerk und freie Berufe ein Mikrofinanzierungsprogramm auflegen.

340 Zur Förderung von Innovationen und der Kreativwirtschaft wollen wir einen Start-up-Fonds auflegen.  
341 Mit Hilfe eines solchen revolvingierenden Fonds sollen Unternehmen bzw. ihre Ideen finanziell gefördert  
342 werden, die nicht auf bankenübliche Finanzierungsinstrument bauen können. Der Fonds wird  
343 Unternehmen sowohl in der Vorgründung, während der Gründung, als auch bei Erweiterungen zu  
344 Gute kommen.

345

**Schlüsselvorhaben 3:  
Mikrokredite für  
Kleinunternehmen, Handwerk  
und Freie Berufe &  
Start-Up-Fonds**



## 346 **Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen**

347 Die SPD-CDU-Regierung hat in den vergangenen Jahren die Wirtschaftsförderung neu ausgerichtet  
348 und dabei Schwerpunkte nach Wirtschaftsbereich und Region gesetzt – es kam zu 17  
349 Branchenkompetenzfeldern und 15 Regionalen Wachstumskernen. Wir sagen: Brandenburg braucht  
350 eine Schwerpunktsetzung bei der Förderung von Zukunftsbranchen, die überregional bzw.  
351 international von Bedeutung sind. Und die müssen unabhängig von der räumlichen und regionalen  
352 Verortung nach ihrem Innovationspotenzial und ihren Entwicklungschancen bestimmt und gezielt  
353 gefördert werden. Entwicklung muss dort unterstützt werden, wo sie sich vollzieht.

354 Deswegen wollen wir eine kritische Prüfung des Systems der Regionalen Wachstumskerne und  
355 Branchenkompetenzfelder, das die Landesregierung in den letzten Jahren eingeführt hat, sowie eine  
356 generelle ressortübergreifende Bestandsaufnahme der Förderpolitik bzw. der Förderprogramme  
357 einschließlich der Landesentwicklungsplanung. Mit Blick auf die Regionalen Wachstumskerne wollen  
358 wir klären, ob alle Städte oder Städteverbände, die die Kriterien für einen regionalen Wachstumskern  
359 erfüllen, tatsächlich in das regionale Wachstumskonzept aufgenommen worden sind. Zudem geht es  
360 um die Kriterien selbst. Geeignet sind aus unserer Sicht Messlatten wie Beschäftigungswirksamkeit,  
361 [AA 7.4 TÜ], [Nachhaltigkeit](#), infrastrukturelle Vernetzung, Umlandfunktion, Stärkung der  
362 Wirtschaftssubstanz, Profilierung der Branchenschwerpunkte u. ä. Auf diesem Wege entsteht ein  
363 integrativer Förderansatz, mit dem es gelingt, dass keine Region abgehängt wird.

364 Wir wollen darüber hinaus eine allgemeine Grundförderung in allen Regionen Brandenburgs sichern.  
365 Sie stützt sich auf drei Säulen:

- 366 - die Stabilisierung und Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen unabhängig von  
367 ihren Standorten
- 368 - die stärkere Vernetzung von Fördermöglichkeiten der europäischen Fonds EFRE, ESF und  
369 ELER
- 370 - die Kommunalfinanzierung.

371

## 372 **Zukunftsfaktor Tourismus**

373 Ein weiteres Standbein der Brandenburger Wirtschaft ist der Tourismus. Dieser trägt nicht unerheblich  
374 für die Wertschöpfung im Land bei und schafft bzw. sichert zahlreiche Arbeitsplätze auch im  
375 ländlichen Raum. Die Potenziale sind aber noch längst nicht ausgeschöpft. Sowohl die geografische  
376 Lage im Zentrum Europas als auch die natürlichen Gegebenheiten Brandenburgs bieten gute  
377 Voraussetzungen, um in enger Abstimmung mit Berlin den Tourismus als Wirtschaftsfaktor weiter  
378 auszubauen. Wir stehen für eine verlässliche Finanzierung des Landestourismusverbandes, der  
379 Tourismus Marketing Brandenburg GmbH und der Tourismusakademie Brandenburg und eine noch  
380 stärkere Vernetzung der Akteure im Tourismus. Die Initiativen zur Verbesserung von  
381 Dienstleistungen, Service und Qualität sind fortzuführen und weiter zu entwickeln. Bei der  
382 Fortschreibung der Landestourismuskonzeption müssen wirtschaftliche, ökologische und soziale  
383 Anforderungen stärker berücksichtigt werden. So ist die Barrierefreiheit von touristischen Angeboten  
384 bei weitem noch keine Selbstverständlichkeit. Wir wollen den sanften Tourismus pflegen und fördern,  
385 der sowohl dem Bedürfnis nach Erholung und Bildung wie auch den Erfordernissen von Natur und  
386 Umwelt gerecht wird. Dazu gehört auch ein „Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus“.

387

## 388 **Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung**

389 Wir planen eine wirkliche Agrarwirtschaftsinitiative. Sie zielt darauf, Brandenburgs moderne Agrar-  
390 und Forstwirtschaft als Motor der regionalen Entwicklung sowie als Anker für Existenz sichernde  
391 Einkommen und für ein selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen Städten zu stabilisieren  
392 und zu entwickeln. Und wir wollen ihre Perspektive im Zusammenhang mit dem Aufbau einer  
393 regenerativen Energie und Rohstoffwirtschaft in den ländlichen Raum stärken.

394 Dazu sind stabile Agrarstrukturen notwendig. Es bedarf einer Bodenpolitik, die die Brandenburger  
395 Landnutzer stärkt, und einer Grundförderung für ländliches Gewerbe in allen Regionen. Der Boden als

396 Hauptproduktionsmittel und die Nahrungsmittel dürfen nicht zum Spekulationsobjekt von  
397 Finanzjongleuren werden. Den EU-Beschlüssen zur Benachteiligung der ostdeutschen Agrarstrukturen  
398 werden wir wirksame Förderinstrumente entgegensetzen und nicht zulassen, dass auch die  
399 Bundespolitik ostdeutsche Agrarstrukturen benachteiligt, wie bereits bei der Besteuerung des  
400 Agrardiesel geschehen. Der Verbleib der finanziellen Mittel in unseren ländlichen Regionen muss  
401 unbedingt gesichert werden. Positiv ist die Unterstützung der EU für eine öffentlich geförderte  
402 Mehrgefahrenversicherung vor Witterungsereignissen und anderen Schäden.

403 Wir wollen Agrarpolitik so gestalten, dass sie wieder stärker als Strukturpolitik wirkt und regionale  
404 Wirtschaftskreisläufe stärkt, damit ein größerer Teil der Wertschöpfung hier im Land Brandenburg  
405 erfolgt. Die Stellung der Landwirte am Markt muss deutlich gestärkt und die Marktmacht der  
406 Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten begrenzt werden, um faire Preise besonders in der  
407 Milchproduktion zu sichern. Vielfältige Kooperationsbeziehungen bis hin zur Bildung von  
408 Genossenschaften oder Erzeugergemeinschaften sind ein wirksames Mittel, die Interessen der  
409 Bäuerinnen und Bauern zu bündeln und zu schützen, aber gleichzeitig auch den Erfordernissen  
410 modernen Wirtschaftens zu entsprechen. [ÄA 7.5 TÜ] [Wir streben regional angepasste, umwelt- und  
411 tierschutzkonforme Tierhaltungssysteme an.](#)

412

### 413 **In der Region verankern, was Brandenburg kann**

414 Dabei gilt es, aus einer widersprüchlichen Entwicklung heraus Potenziale zu nutzen und Blockaden zu  
415 überwinden:

416 Einerseits gibt es in Brandenburg moderne Agrarbetriebe, die unsere Landwirtschaft zu einer der  
417 produktivsten in Europa machen und die fest in den internationalen Netzwerken der  
418 Nahrungsmittelproduktion eingebunden sind. Andererseits haben sie kaum Verbindung zu den lokalen  
419 und regionalen Marktstrukturen. Milchpulver wird nach China exportiert; aber frische Milch schafft es  
420 nur schwer in die Regale der großen Discounter in der Region, seien sie in Berlin oder Brandenburg.

421 Einerseits ist Brandenburg im ökologischen Landbau Spitzenreiter; im Metropolenraum von Berlin  
422 konnte er sich mittlerweile einen stabilen Absatzmarkt erobern. Andererseits gibt es im  
423 konventionellen Bereich von Landwirtschaftsprodukten zu wenig Verbindungen zwischen Metropole  
424 und Umland. Da teilweise die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten nicht befriedigt werden  
425 kann, setzen wir uns für eine Erweiterungsförderung des ökologischen Landbaus ein. [ÄA 7.6] Die  
426 brandenburgische Ernährungswirtschaft ist im überregionalen Durchschnitt deutlich zurückgefallen;  
427 im Vergleich der ostdeutschen Länder steht sie an letzter Stelle.

428 Das Schlüsselprojekt „Aktionsbündnis für Brandenburger Qualitätsprodukte“ hat zum Ziel, den  
430 Metropolenraum für alle landwirtschaftlichen Produkte  
432 Brandenburgs zu erschließen. Wir wollen deswegen dieses  
434 Aktionsbündnis hervorheben, das dazu beiträgt, die lokale  
436 Produktion von Nahrungsmitteln zu stärken, die regionalen  
438 Wertschöpfungsketten auszubauen und den Berliner Markt für  
440 Agrarprodukte aus Brandenburg mittelfristig bei ansässigen  
442 Discounterketten [ÄA 7.7] zu erschließen. Dafür sehen wir einen  
444 Förderfonds vor, für den auch EU-Programme genutzt werden.  
446 Diesem Aktionsbündnis gehören wirtschaftliche und politische  
447 Akteure sowohl aus Brandenburg als auch aus Berlin an, so wie bereits bei der Initiative „Mark und  
448 Metropole“, In einem Politikbereich, der für Brandenburgs Entwicklung sehr bedeutsam ist, würde  
449 somit auch eine echte Kooperation mit Berlin erfolgen – im langfristigen Interesse beider Länder.

450

### 451 **Forstwirtschaft [ÄA 4.6; ÄA 7.8]**

452 Wir lehnen die Stellenkürzungen im Zuge der Forstreform ab und fordern stattdessen eine  
453 Erschließung der Holzreserven vor allem im Kleinprivatwald und die Unveräußerlichkeit des  
454 Landeswaldes. Wir werden ein umfassendes Projekt auf den Weg bringen, das den Forst- und  
455 Holzsektor allseitig entwickelt. Es geht um die Nutzung der natürlichen Potenziale, den Aufbau einer

**Schlüsselvorhaben 4:  
Aktionsbündnis zur Vermarktung  
von Qualitätsprodukten der  
brandenburgischen  
Landwirtschaft**

456 Forstverwaltung, die sich hinsichtlich Struktur und Umfang an den zu erfüllenden Aufgaben und  
457 Perspektiven misst, statt an einseitigen Einsparvorgaben, denen immer weitere Stellenkürzungen  
458 folgen. Im Landeswald sollen Gemeinwohlleistungen wie Waldumbau, Waldpädagogik und  
459 Naturschutz in besonderem Maß erbracht und eine zuschussfreie Holzbewirtschaftung erreicht  
460 werden. Dazu bedarf es einer leistungsstarken modernen Landesforstverwaltung.

461 Gleichmaßen sind Gartenbau, Fischerei und die Jagd als Bestandteile der Agrarpolitik so zu fördern,  
462 dass durch eine nachhaltige und umweltgerechte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen ein  
463 aktiver Beitrag für Arbeit und Leben im ländlichen Raum geleistet wird. [ÄÄ 7.9 TÜ] [Wir streben an,  
464 dass die Verwendung von bleihaltiger Munition in der Jagd schrittweise reduziert wird.](#)

465

## 466 **Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial**

467 Große Krisen sind immer auch der Auftakt zu neuen Entwicklungsetappen. Der jetzt gescheiterte  
468 Finanzmarkt-Kapitalismus ist nicht zu reparieren, die alte Industriestruktur nicht ewig durch  
469 Abwrackprämien für alte Autos aufrecht zu erhalten. Nach der Krise muss es nicht nur andere Autos,  
470 sondern muss es ein neues Wirtschaften geben, muss ein neuer, ein ökologischer und sozialer  
471 Entwicklungspfad beschritten werden.

472 Wir wollen eine Landesregierung, die sich der Herausforderung von nachhaltiger Entwicklung stellt  
473 und endlich - wie in anderen Bundesländern auch - eine Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg  
474 konzipiert und konsequent umsetzt. Dazu bedarf es zum einen der Weiterführung, Stärkung und  
475 Aufwertung des "Beirates für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz". Zum anderen ist es  
476 erforderlich, die Erarbeitung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu begleiten  
477 [ÄÄ 4.7] (z. B. über einen parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung) und Akteure aus  
478 der Zivilgesellschaft an diesem Prozess zu beteiligen. [ÄÄ 7.10 Ü, noch offener Antrag ÄÄ 5.1] [Das  
479 System der Brandenburger Großschutzgebiete ist eine Erfolgsgeschichte. Sie sind Modellregionen  
480 nachhaltiger regionaler Entwicklung und bieten Möglichkeiten für den Tourismus, die Landwirtschaft  
481 und für klein- und mittelständische Betriebe. Sie sind auf weitere geeignete Gebiete, wie die mittlere  
482 Havel, auszubauen.](#)

483

## 484 **Energiewende forcieren**

485 Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels und wissenschaftlicher Erkenntnisse über den  
486 unmittelbaren Zusammenhang zwischen weiter steigenden Treibhausgasemissionen und zunehmender  
487 globaler Erwärmung geht es für Brandenburg vor allem um mehr Konsequenz bei der notwendigen  
488 [und möglichen](#) [ÄÄ 4.8 TÜ] Energiewende.

489 In Brandenburg gibt es einen Energiemix aus der traditionellen Braunkohleverstromung einerseits und  
490 erneuerbaren Energien wie z. B. Windkraft, Biomasse, Solarwirtschaft und Geothermie andererseits.  
491 Das ist darauf zurückzuführen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien in den letzten Jahren deutlich  
492 stärker geworden ist, während die Stromgewinnung aus Braunkohle - vor allem für den Export - ihre  
493 Bedeutung behielt.

494 Auf dem Weg zu einem modernen Energiemix müssen und werden die erneuerbaren Energien  
495 vorherrschend sein. Verbunden mit der Erschließung aller Effizienzsteigerungs- und Einsparpotenziale  
496 sichern sie die künftige Stromversorgung, schützen das Klima und schaffen zudem neue  
497 zukunftssichere Arbeitsplätze. So können ländliche Räume neben der Nahrungsgüterproduktion auch  
498 mittels Erneuerbarer Energien neue Zukunftsperspektiven erhalten- der Anbau nachwachsender  
499 Rohstoffe verbessert die Ertragslage der Land- und Forstwirtschaft.

500 Jedoch ist die Produktion von Biomasse begrenzt durch die zur Verfügung stehende Bodenfläche und  
501 die Flächenerträge und ist deshalb behutsam voranzutreiben. Die stoffliche und energetische Nutzung  
502 von Biomasse muss Nachhaltigkeits-Kriterien gerecht werden. Der Ausbau von Windkraft- und  
503 Biomassenanlagen darf nicht mit nachteiligen Folgen für die Lebensqualität [ÄÄ 4.9] der Menschen  
504 und die Umwelt verbunden sein. Stärker als bisher sind Solar- und Geothermie zu fördern und  
505 insbesondere bei Gebäuden auf Energieeinsparung, Solaranlagen und  
506 Wärmepumpen zu orientieren.

Schlüsselvorhaben 5:

**Vorrang für Erneuerbare  
Energien**

509 Für diesen Vorrang der Erneuerbaren Energien bedarf es entsprechender landesrechtlicher  
510 Regelungen. Zudem sind Erneuerbare Energien aber nicht nur ein starkes Konjunkturprogramm,  
511 sondern garantieren durch ihre vorwiegend dezentrale Nutzung gleichfalls Bürgernähe, regionale  
512 Wertschöpfung und fordern kommunale Initiativen heraus.

513 Perspektivisch ist es möglich, die Stromerzeugung im Energieland Brandenburg zu 100 % auf  
514 Erneuerbare Energien umstellen. Daran wollen wir arbeiten.

515 Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien wird es uns erleichtern, etwas zu vollziehen,  
516 was dringend geboten ist: den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Unsere Braunkohle-  
517 Vorkommen sind endlich, ihre Erschließung zerstört gewaltige Teile unseres Landes - darunter das  
518 durch den Raubbau der vergangenen 150 Jahre auf nur noch wenige Ortschaften begrenzte  
519 angestammte Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden). Ihr Abbau schädigt den Grundwasserhaushalt für  
520 Jahrhunderte, ihre Verbrennung ist energetisch wenig effektiv und beschleunigt den Klimawandel  
521 durch den Ausstoß von Millionen Tonnen Kohlendioxid. Selbst die geplante CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -  
522 Speicherung (CCS-Technologie) bietet u. E. keinen strategischen Ausweg, sondern ist mit hohen  
523 Kosten verbunden, verschlingt selbst viel Energie. Nach wie vor gibt es ernsthafte ungeklärte Fragen  
524 zum Transport und zur Endlagerung der Gase. Dazu kommt, dass die Landesregierung für ihren  
525 Ansatz, die weitere Braunkohleverstromung nur dann zu ermöglichen, wenn die Kohlendioxid-  
526 Abscheidung funktioniert, bislang keine rechtliche Verbindlichkeit hergestellt hat. Zudem wäre diese  
527 Art von Stromgewinnung mit weiteren Umsiedlungen von Menschen in der Lausitz verbunden.

528 Aus all diesen Gründen treten wir weiter für einen mittelfristigen Ausstieg aus der  
529 Braunkohleverstromung bis spätestens 2050 ein. [ÄA 7.11 TÜ; ÄA 7.12 Ü; **noch offene Anträge ÄA**  
530 **7.13; ÄA 7.14**] Wir wollen keine neuen Braunkohletagebaue. Brandenburg muss sich zudem für eine  
531 Reform des Bundesberggesetzes einsetzen, bei dem die frühzeitige Berücksichtigung der Belange  
532 Betroffener verankert und die derzeitige Pflicht zur Genehmigung von Bergbauvorhaben abgeschafft wird

533 Für eine begrenzte Übergangszeit können moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung den  
534 Grundlaststrom auf wesentlich umweltfreundlichere Art als Braunkohle-Kraftwerke bereitstellen.

535 Der Weg zum künftigen Energiemix muss verantwortungsbewusst gestaltet werden. Die  
536 grundlegenden Entscheidungen werden in der kommenden Legislaturperiode fallen.

537 Notwendig ist eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise mit  
538 Brandenburger Klimaschutzziele und der Bewahrung lebendiger Landschaften verbindet, die  
539 nachhaltige Innovationen fördert und den erforderlichen Strukturwandel, vor allem in der Bergbau-  
540 Region Lausitz, mit sozialer Verantwortung gestaltet.

541 Es geht um eine neue zukunftsfähige Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten. Der Weg  
542 dorthin führt über den von uns vorgeschlagenen Brandenburgischen Energiedialog.

## 543 **Ökologie durch Konversion plus Beschäftigungsförderung**

544 Wir haben es in Brandenburg bereits erlebt: Ökologisches Handeln kann Ausgangspunkt für eine  
545 nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sein. So entstanden durch die Renaturierung der ausgekohlten  
546 Lausitzer Braunkohlereviere nicht nur neue Kulturlandschaften sondern auch Räume mit hoher  
547 touristischen Attraktivität. Einer besonderen Bedeutung kam diesbezüglich der Lausitzer und  
548 Mitteldeutschen Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) zu. Unser Anliegen ist es, die  
549 LMBV als öffentliches Unternehmen zu erhalten. Die LMBV verfügt über einzigartige Kompetenzen  
550 im Bereich der Sanierung und Renaturierung von devastierten Flächen und Arealen. Diese  
551 Kompetenzen gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln.

552 Brandenburg bringt hier Erfahrungen ein, die einzigartig sind. Es gibt in Deutschland außer der  
553 LMBV kein weiteres Beispiel dafür, wie sich aus einer Beschäftigungsfördergesellschaft ein  
554 industrieller Kern entwickelt hat.

555 Auch die Konversion hat sich in Brandenburg zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt. Über  
556 Jahrhunderte war das Territorium unseres Landes Schauplatz deutscher und europäischer Kriege und  
557 ein riesiger Militärstandort. Die Folgen spüren wir noch immer – bis in den Alltag vieler Regionen  
558 hinein. Mittlerweile wurde ein Großteil der ehemals militärischen Liegenschaften von rund 100.000  
559 Hektar in zivile Projekte umgewandelt. Knapp 2 Mrd. Euro wurden im Rahmen von  
560 Förderprogrammen des Bundes, des Landes und der Europäischen Union in hiesige  
561 Konversionsprojekte investiert.

562 Trotz der bisher erreichten Ergebnisse bleibt Konversion weiterhin eine landespolitische Aufgabe. Im  
563 Land gehen von munitionsbelasteten und mit Kraft- und Schmierstoffen verseuchten Altflächen und  
564 Liegenschaften, wie der Lieberoser Heide, noch immer Bedrohungen für Menschen und Umwelt aus.  
565 Städtische Brachflächen prägen nach wie vor das Bild vieler Kommunen. Noch immer befinden sich  
566 ca. 15.000 ha, das sind rund 180 Objekte, im Bestand des Liegenschaftsvermögens. Konversion ist ein  
567 konkreter Beitrag in der regionalen Strukturpolitik. Vorhandene Bausubstanz und Infrastruktur werden  
568 als Ressource mobilisiert und von militärischer Nutzung befreiter Naturraum kann umweltgerecht  
569 behandelt werden. Das erschließt neue wirtschaftliche Felder.

571 In Brandenburg besteht also weiterhin ein Bedarf an Konversion. Wir  
572 wollen deshalb die Renaturierung der restlichen Militärbrachen in Angriff  
573 nehmen. Hierfür können wir Mittel aus dem Operationellen Programm des  
574 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in der EU-Förderperiode  
575 2007-2013 einsetzen. Es handelt sich dabei um zirka 21 Mio. €. Dafür  
576 muss das Land die Kofinanzierung gewährleisten, was auch mit Mitteln  
577 aus Verkauf und Vermietung des Liegenschaftsvermögens gesichert  
578 werden könnte.  
585

**Schlüsselvorbaben 6:  
Renaturierung der  
verbliebenen  
Militärbrachen**

586 Konversion im Land Brandenburg bedeutet aber auch, endlich Klarheit über die Verwertung solcher  
587 Konversionsflächen zu schaffen, bei denen – wie z. B. in Sperenberg – der Bund Verantwortung trägt.  
588 Konversion im Land Brandenburg bedeutet auch die Integration der innerstädtischen  
589 Konversionsliegenschaften in die städtebaulichen Konzepte und die Stärkung der brandenburgischen  
590 Konversionswirtschaft.

591 Die konsequente Fortsetzung der Konversion im Land Brandenburg schließt für uns ein klares Nein zu  
592 einer militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein. Die Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide  
593 liegt in ihrer touristischen [ÄÄ 8.1 TÜ nach Rücksprache mit Antragsteller; ÄÄ 7.15  
594 zurückgezogen] Nutzung – zum Wohl der Menschen in der Region und zur Schaffung nachhaltiger  
595 Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten.

596

## 597 **Verantwortung für die Natur**

598 Prognosen zum Klimawandel zeigen, dass es in Brandenburg auch künftig gerade während der  
599 Vegetationsperiode weniger regnen wird. Wir müssen also die Art und Weise ändern, wie wir mit  
600 Wasser umgehen – wir brauchen neue Zielsetzungen für die ökologische und nachhaltige  
601 Bewirtschaftung des Landschaftswasserhaushaltes. [ÄÄ 7.16] Das Wasser darf nicht mehr nur einfach



602 schnell abfließen, sondern soll lange in der Landschaft verweilen. Wir unterstützen die Ziele der  
603 Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, Brandenburgs Gewässer in einen ökologischen und  
604 mengenmäßig guten Zustand zu bringen. Gleichzeitig sind die Kosten der Gewässerunterhaltung zu  
605 senken und die Umlage gemäß novelliertem Wassergesetz stärker nach dem Vorteilsprinzip  
606 auszurichten. [\[ÄA 7.17 TÜ\] Wasser ist ein derart wichtiges Allgemeingut, dass es weder als  
607 Lebensgrundlage privatisiert noch in Form on Gewässern veräußert werden darf. Die finanziellen  
608 Vergünstigungen durch eine Entgeltbefreiung bei der Wasserentnahme für die Braunkohleförderung  
609 ist abzuschaffen.](#)

610 Die Landwirtschaft wird dennoch Pflanzen brauchen, die unter veränderten Umweltbedingungen  
611 gedeihen. Innovative Pflanzenzüchtung kann die Landnutzung und Wertschöpfung im ländlichen  
612 Raum stärken. Das ist eine Zukunftsaufgabe mit Langzeitcharakter. Daraus ergibt sich kein Freibrief  
613 für die Agrogentechnik. Im Gegenteil DIE LINKE bleibt bei ihrem strikten Nein zu dieser  
614 Risikotechnologie.

615 In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Erwartungen, die mit dem Einsatz von gentechnisch  
616 veränderten Pflanzen (GVP) verbunden sind, sich nicht erfüllen. Vielmehr werden Landwirte in die  
617 Abhängigkeit einer Technologie gebracht, deren negative Auswirkungen nicht beherrschbar sind. Wir  
618 setzen uns für ein Land Brandenburg als gentechnikfreie Region und ein Anbau- und  
619 Verbreitungsverbot ein – gerade auch weil die anbietenden Konzerne nicht umfänglich haften, kein  
620 unabhängiges Langzeitmonitoring, keine durchgängige Kennzeichnung der Futter- und Lebensmittel  
621 und somit keine echte Wahlfreiheit für Erzeuger und Konsumenten gesichert sind. Statt Monokulturen  
622 setzt sich DIE LINKE für eine gute fachliche Praxis mit Fruchtfolgen und schonender  
623 Bodenbearbeitung ein. Es geht um mehr, als nur das Abwenden eines Imageschadens, es geht um die  
624 Akzeptanz Brandenburgs als Natur- und Reiseland und als Spitzenreiter im ökologischen Landbau.  
625 [\[ÄA 7.18 TÜ\] Wir unterstützen gentechnikfreie Regionen.](#)

626 Einkommen im ländlichen Raum zu akkumulieren bedeutet gleichermaßen, die reichhaltigen  
627 naturräumlichen Gegebenheiten Brandenburgs zu erhalten, zu pflegen und schonend zu nutzen.  
628 Ebenso sind diese Landstriche in ihrer Attraktivität für die Erholungsfunktion zu entwickeln. Dazu  
629 sind sanfter Tourismus, Umweltbildung und die insbesondere auch personelle Stärkung der  
630 Brandenburger Großschutzgebiete zur Standortsicherung unerlässlich. Naturschutz ist ein Wert an  
631 sich. [\[ÄA 7.19\]](#) Der Schutz von Arten und Biotopen lässt sich nicht gegen Wirtschaftswachstum [\[ÄA  
632 7.20\]](#) und Bautätigkeit aufrechnen. Ohne intakte Umwelt, ohne funktionierenden  
633 Landschaftswasserhaushalt und ohne notwendige Anpassungsstrategien zur Vermeidung bzw.  
634 Abmilderung von Klimaveränderungen stellt sich jeder Fortschritt aufgrund der spezifischen  
635 Brandenburger Bedingungen selbst in Frage.

636 Ein wichtiges landschaftsprägendes Element Brandenburgs – die Alleen sind bedroht. DIE LINKE  
637 setzt sich für eine Neufassung des Alleenkonzeptes mit dem Ziel ein, dass der Alleenbestand jederzeit  
638 gesichert ist und nicht wie gegenwärtig eine zwischenzeitlich massive Reduzierung der Zahl der  
639 Alleebäume in Kauf genommen wird. Zur Sicherung des Alleenbestandes fordern wir die Einrichtung  
640 eines Alleenfonds. [\[ÄA 4.11\]](#)

641



642 **2. Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder.**  
643 **Bezahlbare Lebensumstände für alle.**

644

645 **Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle**

646 Selbst das Sozialministerium musste es zugeben: Etwa jeder sechste ist in unserem Land von Armut  
647 bedroht. Das betrifft fast eine halbe Million Menschen. Und die Berechnungen beziehen sich auf die  
648 Zeit vor der großen Krise.

649 Vieles von dem, was hier politisch getan werden kann, liegt in den Händen des Bundes, nicht der  
650 Länder. Die Hartz-Gesetze waren und sind Bundesgesetze – doch Brandenburgs Regierung hat  
651 dagegen nie ernsthaft etwas unternommen. Eine rot-rote Landesregierung kam 2004 gerade deshalb  
652 nicht zustande. Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg – ohne Wenn und Aber! An seine Stelle muss  
653 eine bedarfsdeckende Mindestsicherung treten: Nicht Armut per Gesetz – sondern die  
654 Wiedereinsetzung eines Sozialstaates, der vor Armut schützt, soziale Ausgrenzung verhindert und  
655 Menschen würdig behandelt.

656 Brandenburg hat sich mit der derzeitigen Landesregierung zu viele Fesseln für ein erkennbares  
657 politisches Agieren auf der Bundesebene auferlegt. Unser Land muss künftig aber im Bund klar seine  
658 Stimme nicht nur für den gesetzlichen Mindestlohn erheben, sondern sich auch ebenso deutlich für  
659 weitere Schritte gegen Armut und Armutsrisiken einsetzen. Notwendig ist eine Grundsicherung für  
660 alle, die Armut verhindert. Die Regelsätze müssen schnellstmöglich aufgestockt werden – vor allem  
661 für Kinder. Das Rentenniveau ist zu sichern, der Rentenwert (Ost) auf Westniveau anzuheben. Wir  
662 brauchen ein Bundesgesetz, damit Praktika nicht mehr als Deckmantel für Dumping-Löhne für  
663 Berufseinsteigerinnen und -einsteiger missbraucht werden können. Auf der Tagesordnung stehen  
664 bundesgesetzliche Regelungen, die einkommensschwache Haushalte durch den Erlass von  
665 Grundgebühren o. ä. gegen explodierende Energiekosten schützen.

666 Um gerade in Krisenzeiten das schnelle Abrutschen der Arbeitslosen in Hartz IV zu verhindern und  
667 die Binnenkaufkraft in der Phase des konjunkturellen Abschwungs nicht weiter zu schwächen, wollen  
668 wir dringend eine 24-monatige Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I.

669 Die Zunahme von Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung wurde ~~erst~~ durch  
670 die Hartz-Gesetze [stark beschleunigt](#). [ÄA 9.8 Ü] Insbesondere Frauen sind von dieser  
671 Entwicklung betroffen. Diese Einfallstore für Niedriglohnbeschäftigung müssen geschlossen werden.  
672 Die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der Leiharbeit, die  
673 Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die volle Sozialversicherungspflicht für jede geleistete  
674 Arbeitsstunde und die Wiederherstellung des Qualifikationsschutzes sind unverzichtbar.

675 Im Lande selbst ist dafür zu sorgen, dass materielle Armut nicht in Ausgrenzung mündet. Das beste  
676 Mittel dafür ist der Weg zurück in Existenz sichernde Erwerbsarbeit – Fortbildung und Umschulung  
677 für Erwerbslose hat deswegen einen hohen Stellenwert. Wir schlagen ein Sonderprogramm  
678 Fachkräftequalifizierung von Schulabschluss bis Rente unter Berücksichtigung der Gleichstellung von  
679 Mann und Frau vor.

680 Um die gesellschaftliche Teilhabe aller zu sichern, setzen wir uns für Familienpässe und Kulturtickets  
681 ein. Menschenwürde und Wohnen gehören eng zusammen. Wir brauchen in Brandenburgs  
682 Kommunen Wohnungssegmente, die für einkommensschwache Haushalte vorgehalten werden.

683 Ein großer Erfolg war, dass wir 2008 im Bündnis mit anderen über eine Volksinitiative ein  
684 Sozialticket durchsetzen konnten. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft eine Grundvoraussetzung  
685 für die Integration in der Arbeitswelt, für den vollwertigen Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge  
686 und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilität muss daher buchstäblich für Jede(n)  
687 zugänglich sein.

688 Wir nehmen daher eine Einschränkung von Mobilität in Beruf, Arbeitssuche, Kultur und Freizeit  
689 aufgrund eines geringen Einkommens nicht hin. Daher wollen wir das Sozialticket (Mobilitätsticket)  
690 über das Jahr 2010 hinaus weiterführen und sozial gerechter ausgestalten:

691

692 Wir werden ein Sozialticket – vergleichbar dem Seniorenticket - auf den Weg bringen, das allen  
694 Beziehern von Arbeitslosengeld II und ähnlich niedrigen Einkommen die  
696 Nutzung des gesamten öffentlichen Regionalverkehrs im Raum Berlin-  
698 Brandenburg zum Preis von 45 Euro pro Monat ermöglicht. Von diesem  
700 Ticketpreis sollen mindestens 20 Euro von der Agentur für Arbeit als  
702 zusätzliche Mobilitätspauschale zur beruflichen Neuorientierung getragen  
704 werden. Zu deutlich abgestuften Preisen soll das Ticket auch als  
706 Tagesfahrkarte und für Teilräume erhältlich sein.  
707

**Schlüsselvorbaben 7:  
Sozialticket für die  
ganze Region und für  
Einzelfahrten**

## 708 **Kinder vor Armut schützen!**

709 In Brandenburg wächst inzwischen jedes vierte Kind in Armut auf. In einigen Regionen des Landes ist  
710 sogar jedes dritte Kind von Armut betroffen. Wir halten das für einen Skandal und werden uns damit  
711 nicht abfinden – im Wissen darum, dass auch dieses Problem nicht zuletzt ein Resultat der verfehlten  
712 Sozialpolitik der letzten beiden Bundesregierungen ist. Also müssen Veränderungen in den  
713 bundesweiten Regelungen erfolgen.

714 Wir wollen deshalb eine Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder im Bundesrat auf den  
716 Weg bringen. Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe und  
718 keine „preiswerten“ Erwachsenen. Ihr Bedarf muss eigenständig ermittelt  
720 werden und darf nicht wie bisher eine prozentuale Ableitung vom Regelsatz  
722 für Erwachsene sein.

**Schlüsselvorbaben 8:  
Initiative zur  
armutsfesten  
Grundsicherung für  
Kinder**

724 Wir schlagen vor, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die  
726 regelmäßig den Bedarf von Kindern und Jugendlichen berechnet und  
728 Empfehlungen zu dessen Sicherstellung formuliert. Bis zur Bestimmung des  
730 altersspezifischen Bedarfs für Kinder und Jugendliche orientieren wir uns an  
732 den Vorgaben der Sozial- und Familienverbände. Demnach sollten die bis 5-  
733 jährigen 276 Euro und 6-13-jährige 332 Euro (bisher 211 Euro) erhalten und die 14-bis-17- jährigen  
734 358 Euro (bisher 281 Euro) bekommen.

735 Das Land steht natürlich auch in Verantwortung, wenn es darum geht, die sozialen und rechtlichen  
736 Barrieren für die Kinder abzubauen. Auf der Tagesordnung steht für die LINKE der uneingeschränkte  
737 Rechtsanspruch für jedes Kind auf eine hochwertige Kindertagesstättenbetreuung, und dies ganztägig  
738 und schrittweise gebührenfrei.

739 Perspektivisch wollen wir erreichen, dass alle Kinder in Kitas und Grundschulen kostenlos ein  
740 gesundes Mittagessen erhalten. Der Einstieg muss jetzt [ÄA 9.9 Ü] erfolgen! ~~—dadurch, dass~~ Kinder  
741 aus sozial bedürftigen Familien müssen zumindest einen Zuschlag für die Kosten eines solchen  
742 Mittagessens erhalten.  
743

## 744 **Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen**

745 Bei einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von circa 1500 € in Brandenburg gibt es  
746 nicht viel Spielraum. Unser Land liegt damit noch unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Etwa drei  
747 Viertel der Ostdeutschen sagen dazu, dieses Einkommen sei zu knapp und nur mit Einschränkungen  
748 geeignet, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. In den letzten Jahren hat es eher mehr als weniger Anlass zu  
749 dieser Einschätzung gegeben.

750 Um so wichtiger ist es, dass die Landespolitik starkes Augenmerk auf bezahlbare Lebensumstände  
751 legt. Deswegen wollen wir dem zunehmenden Anstieg von Gebühren und Beiträgen durch ein  
752 Gebühren- und Beitragsbegrenzungsgesetz entgegen wirken. Und wir wollen erreichen, dass Mieten  
753 und Nebenkosten bezahlbar gestaltet und gehalten werden. Im Abwasserbereich belasten hohe  
754 Gebühren und Anschlussbeiträge wie in keinem anderen Bundesland Bürgerinnen und Bürger sowie  
755 kleine und mittelständische Unternehmen. Wir fordern eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes  
756 für das Land Brandenburg. Beitragsforderungen gegenüber so genannten „Altanschießern“ aus DDR-  
757 Zeiten, die bis Ende 2003 verjährt gewesen waren, dürfen nicht wieder aufleben. Verjährte  
758 Beitragsforderungen müssen verjährt bleiben.

759 Der Aufbau großer zentraler Abwassersysteme mit wenigen Klärwerkstandorten hat sich im dünn  
760 besiedelten Flächenland Brandenburg als besonders unwirtschaftlich, unökologisch und unsozial  
761 erwiesen. Geblieben sind überdimensionierte Kläranlagen, kilometerlange Leitungsnetze und viele  
762 verschuldete Zweckverbände. Wir fordern die Fortführung des Schuldenmanagementfonds für  
763 besonders betroffene Aufgabenträger. Wenn das Land aber Geld in die Hand nimmt, dann nicht, um  
764 zu strecken, sondern um zu korrigieren. Eine Gesamtoffensive für einen sozial verträglichen Umbau  
765 der Wasser- und Abwasserwirtschaft in Brandenburg ist notwendig. Wir setzen uns für eine  
766 Lockerung des Anschluss- und Benutzungszwanges im ländlichen Raum ein. Bürgerinnen und Bürger  
767 sollen dort zukünftig selbst entscheiden können, ob sie neu an zentrale Kläranlagen angeschlossen  
768 werden oder Wiederaufbereitungsanlagen nach hohen ökologischen Standards betreiben.

769 Auch die Kontrolle und dauerhafte Begrenzung der Energiepreise sind eine zentrale Aufgabe. Strom  
770 und Wärme müssen für alle Menschen bezahlbar sein. Energie ist ein fester Bestandteil der  
771 öffentlichen Daseinsvorsorge.

772 Brandenburg darf sich da nicht hinter dem Bund verstecken – vielmehr gilt es, bundespolitisch klar  
773 Position zu beziehen: für die Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen  
774 durch passende steuerliche Instrumente, für die Entkoppelung der Preisentwicklung der Energieträger  
775 Gas und Öl, für eine verbesserte Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen, für den  
776 diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen auch für kleine Anbieter oder für Stadtwerke sowie für  
777 die Trennung von Netzbetrieb und Energieerzeugung. Das Landeskartellamt muss entschiedener  
778 Energiepreise kontrollieren und korrigieren.

779 Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Brandenburg sich in Zusammenarbeit mit anderen  
780 Bundesländern für Änderungen des Mietrechts einsetzt – das betrifft vor allem die Reduzierung der  
781 Neuvermietungszuschläge und der Modernisierungskostenumlage sowie ein größeres Gewicht von  
782 Bestandsmieten in Mietspiegeln. Die Spirale der steigenden Wohnkosten muss durch solche  
783 Änderungen des Mietrechts, durch Reduzierung der kommunalen Gebühren, durch Stärkung der  
784 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sowie durch Streichung der  
785 Altschulden gestoppt werden. Gerade letzteres schafft für die Wohnungsunternehmen Spielräume für  
786 Investitionen und freiwillige soziale Projekte. Bezahlbare Wohnungen für alle Generationen und für  
787 Singles, barrierefreies Wohnen und generationsübergreifendes gemeinsames Wohnen sind zu sichern.  
788 Mietobergrenzen sollen jene vor Verdrängung schützen, die seit langem in ihrem Kiez wohnen.

789 Bezahlbare Lebensumstände für alle schließen auch ein gerechtes Tarifsystem im Öffentlichen  
790 Personennahverkehr ein – über das Sozialticket hinaus. Wir streben eine einheitliche  
791 zielgruppenspezifische tarifliche Ausgestaltung im VBB durch Umwelt- /Freizeitickets,  
792 Semestertickets, Schülerfreizeitickets, Ferientickets, Seniorentickets Berlin Brandenburg und  
793 Familienpässe an. Diese Möglichkeiten sollen als Monats-, Mehrtages- und Tageskarten und Tickets  
794 für Stadtverkehre angeboten werden. Schüler- und Ausbildungstickets wollen wir perspektivisch  
795 beitragsfrei gestalten und neben der Beförderung zu den Bildungsstätten auch auf die Freizeit und den  
796 gesamten VBB-Bereich ausweiten. Die Finanzierung soll als Landesaufgabe aus dem  
797 Verkehrshaushalt erfolgen.

798

## 799 **Verbraucher schützen**

800 Ob in den Bereichen Abwasser, Energie, Lebensmittel, Gesundheit, Finanzen, Dienstleistungen oder  
801 Umwelt: Überall betrifft der Verbraucherschutz die konkreten sozialen Belange der Menschen. Der  
802 Schutz vor gesundheitlichen und sozialen Risiken, vor rechtlichen oder finanziellen Nachteilen muss  
803 Vorrang vor wirtschaftlichen Kapitalinteressen haben. Lebensmittelskandale, unkontrolliert steigende  
804 Energiepreise, unseriöse Finanz- oder Jobangebote, Haustür- und Internetgeschäfte machen deutlich:  
805 Das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher auf umfassende Information und Transparenz muss  
806 gewährleistet werden. Informations- und Beratungsstrukturen sind so zu gestalten, dass sie von allen  
807 Menschen unabhängig vom sozialen Status genutzt werden können. Wir unterstützen unabhängige  
808 Verbraucherorganisationen und setzen uns dafür ein, dass Verbraucherrechte konsequent gestärkt  
809 werden.

### 810 **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an**

811

#### 812 **Was wir haben – und was wir brauchen**

813 Menschen brauchen in einer Gesellschaft, die in zunehmendem Maße auf Wissen beruht, mehr denn je  
814 sozial gleichen Zugang zu Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Verfügung über diese Freiheitsgüter  
815 entscheidet schon heute und mehr noch künftig über die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens in  
816 sozialer Sicherheit, über Beschäftigung, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Flexibilität in Zeiten  
817 permanenten Wandels und über die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebensweisen. Das  
818 ist gleichzeitig auch die Voraussetzung für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, für eine Beendigung  
819 des Raubbaus an der Natur, für die Schaffung friedlicher, demokratischer Verhältnisse, für mehr  
820 Toleranz und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

821 Brandenburgs Bildungssystem fehlt es heute sowohl an Qualität als auch an Kontinuität. Knackpunkte  
822 sind die unzureichende Personalausstattung und die frühe Auslese. Dazu kommt die chronische  
823 Unterfinanzierung. Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger glaubt nicht, dass dieses  
824 Bildungssystem die jungen Leute gut auf das Leben vorbereitet. Zu Recht: 10 % der Schülerinnen und  
825 Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss, nur 13,5 % eines Altersjahrgangs erlangen einen  
826 Hochschulabschluss. Die Betriebe klagen über Fachkräftemangel.

827 Zunehmend macht sich auch in Brandenburg ein verhängnisvoller Zusammenhang zwischen sozialer  
828 Herkunft und Bildungsbeteiligung/Bildungserfolg breit.

829 Wenn die Bildungspolitik nach der Landtagswahl wiederum von SPD und CDU bestimmt wird, wird  
830 sich an all dem wieder nichts durchgreifend ändern – allen Bekenntnissen im Wahlkampf zum Trotz.  
831 Wir meinen, das kann sich Brandenburg nicht noch einmal leisten.

832

#### 833 **Für ein Höchstmaß an individueller Förderung**

834 Sanierte Schulgebäude, neue Computerkabinette, gut ausgerüstete Labore für den Unterricht in  
835 naturwissenschaftlichen Fächern sind nötig und wichtig. Entscheidend für den Bildungserfolg ist  
836 jedoch, was in den Klassenzimmern passiert. Wir treten für gemeinsames Lernen und ein Höchstmaß  
837 an individueller Förderung ein, um jeden einzelnen Heranwachsenden nach seinen Stärken und  
838 Schwächen fördern zu können. Dafür brauchen wir [die Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte in](#)  
839 [den Schulalltag](#) [ÄA 4.12 Ü] und vor allem mehr Zeit für den individuellen Dialog zwischen Lehrer  
840 und Schüler. Diese Zeit kann nur gewonnen werden, wenn die Klassen in den Schulen bzw. die  
841 Gruppen in den Vorschuleinrichtungen kleiner werden.

842 Wir wollen dafür sorgen, dass keine Schulklasse im Land mehr als 24 Schüler zählt. Die verbesserte  
843 Personalausstattung ist [eine wichtige nicht nur](#) Voraussetzung für die Umsetzung zukunftsfähiger  
844 [Bildungskonzepte](#). [Darüber hinaus](#) muss endlich [der](#) Skandal [beendet werden](#), [ÄA 6.1 Ü] dass  
845 Unterricht in Größenordnungen ausfällt bzw. solcher Ausfall mit windigen Notlösungen kaschiert  
846 wird. Um dies zu erreichen, muss der Abbau der Lehrerstellen in  
847 Brandenburg sofort gestoppt werden. Was für die Schule richtig ist,  
848 gilt ebenso für die Kindertageseinrichtungen. [Faustregel ist](#): [ÄA 6.2  
849 Ü] Je kleiner die Gruppen, desto mehr persönliche Zuwendung,  
850 menschliche Wärme, [soziales Lernen](#) und vorschulischer  
851 Bildungsfortschritt.

852 Es bedarf dringend einer Verbesserung der Betreuungsrelationen in  
853 den Kindertagesstätten. Bei den unter Dreijährigen muss sie  
854 zunächst von 1 zu 7 auf 1 zu 6 (eine Erzieherin auf 6 Kinder) und bei den 3- bis 6-Jährigen von 1 zu  
855 13 im ersten Schritt auf 1 zu 12 abgesenkt werden.

856 Perspektivisch streben wir für die 3- bis 6-Jährigen einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 an.

857 Mit diesem Projekt wäre ein wichtiger Durchbruch zu mehr Qualität in der Bildung und auch zu mehr  
858 Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit getan.

Schlüsselvorbaben 9:

**Keine Schulklasse mit mehr als  
24 Schülern .**

**Besserer Betreuungsschlüssel  
in den Kitas**

867 Ein zukunftsfähiges Bildungswesen verlangt jedoch mehr als nur kleinere Klassen. Das beginnt beim  
868 Geld. Gerade in Krisenzeiten gilt es, verstärkt in Bildung zu investieren. Nicht nur 4,4 Prozent des  
869 brandenburgischen Bruttoinlandsprodukts wie bisher, sondern sieben Prozent davon müssen in die  
870 Bildung fließen. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Bildung von der Kita, über die Schule,  
871 Ausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung langfristig beitragsfrei wird.

872

### 873 **Auf den Anfang kommt es an**

874 Auf den Anfang kommt es an: Kinder haben von Geburt an ein Recht auf Bildung, Erziehung und  
875 Betreuung. Die **Kindertagesbetreuung** bedarf eines hohen professionellen Niveaus, damit Kinder  
876 frühzeitig gestärkt werden, ihre „Weltaneignung“ in einem sozialen Kontext ermöglicht wird.  
877 Deswegen halten wir einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für  
878 angebracht. Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sollen schon bei vierjährigen Kindern  
879 einsetzen. Damit genug Fachkräfte da sind, steht eine Qualifizierungsoffensive an. [ÄA 6.3 Ü] ~~Und~~  
880 ~~die~~ Fachhochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wollen wir ausbauen.

881

### 882 **Eine Schule für alle**

883 In der Schule ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam und voneinander  
884 lernen. Eine solche **Schule für alle** stärkt die Kompetenzen der besonders leistungsfähigen  
885 Schülerinnen und Schüler, weil sie lernen, Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln. Davon profitieren  
886 auch die Leistungsschwächeren, denn Kinder lernen besonders gut am besten von Kindern. [ÄA 6.4 Ü]  
887 Durch individuelle Förderung werden ungleiche Startbedingungen ausgeglichen und besondere  
888 Fähigkeiten weiter ausgeprägt. Das ist eine Schule mit einer neuen Philosophie: Fördern statt Auslesen  
889 – Inklusion statt Selektion. Sie erreicht so zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Lust  
890 auf Leistung entsteht durch Freude am Lernen, nicht durch eine Verschärfung von Auswahlverfahren  
891 wie Zulassungsbeschränkungen, Sitzenbleiben oder Kopfnoten. Wir setzen auch nicht allein auf  
892 Faktenwissen, sondern zugleich auf Methodenkompetenz, Medienkompetenz, Innovationsfreude,  
893 Flexibilität, soziale und personelle Kompetenz.

894 Kita und Schule müssen Orte des Lernens und des Lebens und Orte der Kommunikation von Kindern  
895 und Jugendlichen untereinander und mit der gesamten Gesellschaft sein. Wohnortnähe von Kitas und  
896 Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation von Heranwachsenden mit dem sie  
897 umgebenden Wohnumfeld.

898 Daher setzen wir uns für ein integratives Schulsystem in Form der Gemeinschaftsschule ~~bis zur 10-~~  
899 ~~Klasse~~ [ÄA 6.5 Ü] ein. In der nächsten Legislaturperiode gilt es, die Voraussetzungen dafür zu  
900 verbessern und erste Schritte auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen einzuleiten. Unser  
901 schulpolitischer Weg für die nächsten Jahre sieht daher folgendes vor:

902 Schulstandorte werden wir sichern, indem wir die Kooperation zwischen Grund- und weiterführenden  
903 Schulen mit dem Ziel fördern, sie langfristig zusammenführen zu können ~~räumlich zusammenführen~~  
904 ~~und ihre Kooperation fördern; alle Synergieeffekte im Einsatz personeller, räumlicher und materieller~~  
905 ~~Ressourcen werden wir nutzen.~~ [ÄA 6.6 Ü] Das System der Flexiblen Eingangsphase (FLEX), in der  
906 in den ersten zwei Schuljahren jahrgangsübergreifend unterrichtet wird, werden wir ausweiten bis es  
907 letztlich flächendeckend besteht – bei entsprechender personeller und sächlicher Ausstattung. Die  
908 Angleichung der Rahmenbedingungen, wie u. a. Bildungsauftrag in Rahmenlehrplänen und bei der  
909 Stundenzuweisung ~~Gleiche Rahmenlehrpläne und gleiche Stundenzuweisungen~~, für Oberschulen,  
910 Gesamtschulen und Gymnasien [ÄA 6.7 Ü] bis Klasse 10 sollen zu mehr Durchlässigkeit beitragen  
911 und Schülerinnen und Schülern ermöglichen, bei entsprechenden Leistungen von der Oberschule auf  
912 das Gymnasium zu wechseln. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden wir stärker in  
913 den gemeinsamen Unterricht an allgemein- und berufsbildenden Schulen einbeziehen. Dazu bedarf es  
914 der Ausbildung und des Einsatzes von deutlich mehr SonderpädagogInnen. So lange sie nicht in  
915 ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, werden Schülerinnen und Schüler mit  
916 sonderpädagogischem Förderbedarf neben dem gemeinsamen Unterricht auch an Förderschulen  
917 unterrichtet. Wir sorgen für weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung für die Schulen – dazu  
918 gehört auch die Erweiterung der Leitungsfreistellung für Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir



919 schaffen mehr und bessere Ganztagschulen und verbessern die Zusammenarbeit zwischen Schule und  
920 Jugendhilfe. Polytechnische Bildung, Medienkompetenz und Berufswahlorientierung [an allgemein](#)  
921 [bildenden Schulen werden wir verstärken](#)~~führen wir in die Lehrpläne der allgemein bildenden Schulen~~  
922 [ein.](#) [ÄA 6.8 Ü]

923 Wir treten für eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe ein, so dass Schülerinnen und Schüler  
924 entsprechend ihrem individuellen Lerntempo das Abitur nach zwölf oder dreizehn Jahren ablegen  
926 können. [ÄA 6.9 Ü] [Außerdem werden wir Schritte zur Erhöhung](#)  
928 [der Zahl der Schülerinnen und Schüler einleiten, die pro](#)  
930 [Altersjahrgang die Schule mit einem Abitur-Abschluss verlassen.](#)

Schlüsselvorbaben 10:  
**Elternbeitragsfreie  
Schülerbeförderung**

932 Die Schülerbeförderung ist grundsätzlich elternbeitragsfrei zu  
934 gestalten und als Landesaufgabe zu finanzieren.

936

### 937 **Gutes Personal**

938 Eine gute Schule benötigt eine gute Personalausstattung. Es darf keine weiteren Stellenkürzungen  
939 geben – dafür aber eine solide mittelfristige Personalplanung auf der Grundlage der tatsächlichen und  
940 zukünftigen Bedarfe. Dazu gehört eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für junge Lehrkräfte,  
941 um dem drohenden Lehrkräftemangel ab 2013 vorzubeugen. Die Einstellung von mindestens 500  
942 jungen Lehrkräften jährlich ist zu sichern. Zu einer auskömmlichen Personalausstattung gehören  
943 außerdem mehr SchulpsychologInnen, SonderpädagogInnen und SchulsozialarbeiterInnen.

944

### 945 **Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend [ÄA 6.10 Ü]**

946 [Eine weltoffene Gesellschaft braucht mündige, selbst bestimmte und handlungsfähige Bürgerinnen](#)  
947 [und Bürger. Die bisherigen Angebote seitens der Schule reichen dafür nicht aus. Deshalb werden wir](#)  
948 [uns für die Stärkung der Politischen Bildung in allen Schulstufen und Schulformen einsetzen.](#)  
949 [Kooperierende Einrichtungen für dieses Anliegen, wie Fach- und Gedenkstättenverbände, die RAA](#)  
950 [und das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg sollen dafür gestärkt werden.](#) Die  
951 Voraussetzungen für interkulturelle Bildung zu verbessern, ist uns nach der Verabschiedung des  
952 "UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller  
953 Ausdrucksformen" ein besonderes Anliegen.

954 Brandenburg braucht eine europäische Werte- und Kulturerziehung, die europäische Identität stärkt  
955 und Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit fördert. Wir unterstützen  
956 die Forderung in der „Potsdamer Bürgererklärung“ (2008). Europapolitischen Bildungsangeboten in  
957 allen Schulen und Kindertagesstätten kommt eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen nicht nur  
958 einen, sondern viele „Europa-Projekt-Tage“ an unseren Schulen. Europäische Kultur und Geschichte,  
959 vor allem die unseres Nachbarlandes Polen, und umfassende Kenntnisse über die Entstehung, die  
960 Gegenwart und die Zukunft der Europäischen Union müssen zum Grundwissen aller gehören, die eine  
961 Schule in Brandenburg verlassen. Besonders die Lehrerbildung hat dafür Voraussetzungen zu  
962 schaffen. Durch die Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit –  
963 wie von Europarat und EU angeregt - könnten die Brandenburger nur gewinnen: Andere Kulturen  
964 wären als Bereicherung für das eigene Leben erfahrbar, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt im In- und  
965 Ausland würden wachsen, die Fähigkeit entwickelt werden, den europäischen politischen Dialog  
966 durch mehrsprachige Kommunikation aktiv mitgestalten zu können.

967 DIE LINKE will ein Konzept zur Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache im Land  
968 Brandenburg auf den Weg bringen und damit den längst überfälligen Beitrag zur Umsetzung der  
969 europäischen Minderheitenabkommen leisten. Das Niedersorbische (Wendische) gehört zu den am  
970 meisten bedrohten Sprachen – der Europarat hat Brandenburg deshalb 2008 scharf kritisiert. Auf der  
971 Grundlage eines solchen Konzepts sind die Fortführung des bilingualen „Witaj-Projekts“ in der  
972 Sekundarstufe I und II und die Erweiterung des Netzes von sorbischen (wendischen)  
973 Kindertagesstätten im angestammten Siedlungsgebiet, vor allem aber die Qualität der sprachlichen  
974 Bildung zu sichern. Der weiteren Profilierung des Niedersorbischen Gymnasiums Cottbus als einziger  
975 zum Abitur führender sorbischer Schule gilt die besondere Aufmerksamkeit. Nicht nur die Stiftung für



976 das sorbische Volk und die Kommunen, sondern vor allem das Land hat dafür die wesentlichen  
977 Voraussetzungen zu schaffen: durch die Erweiterung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten für  
978 Lehrer, die Niedersorbisch im Sprach- wie im Fachunterricht auf hohem sprachlichen Niveau  
979 vermitteln, und die Erarbeitung sorbischsprachiger Lehr- und Lernmaterialien. Das Engagement der  
980 Sorben (Wenden) zum Erhalt ihrer Sprache bedarf dauerhaft der Unterstützung durch das Land.

981

982 Zwischen Schule und Erwerbsleben liegen Berufsausbildung bzw. Studium.

983

## 984 **Qualifizierte Berufsausbildung**

985 Aus unserer Sicht hat jeder Jugendliche das Recht auf einen voll qualifizierten Ausbildungsplatz. Das  
986 sollte in der Verfassung stehen wie im wirklichen Leben Realität sein.

987 Nicht selten erwartet der Arbeitgeber schon zu Beginn der Lehrzeit Kenntnisse und Fähigkeiten, über  
988 die die Auszubildenden am Anfang noch gar nicht verfügen können. Deutlich wird hier, dass  
989 Auszubildende oftmals als billige Arbeitskräfte angesehen werden. In anderen Fällen werden  
990 Auszubildende hingegen für unqualifizierte Tätigkeiten eingesetzt, statt auf die Ausübung des  
991 gewünschten Berufes vorbereitet zu werden.

992 Kern der beruflichen Ausbildung ist für uns nach wie vor das duale Ausbildungssystem. Wir legen auf  
993 beide Seiten wert: Es geht uns einerseits um mehr betriebliche Ausbildungsplätze und andererseits um  
994 starke und gute Berufsschulen.

995 Ausbildungsplätze sollen mit ausreichender sozialer Absicherung und guten Übernahmechancen  
996 verbunden sein. Die Ausbildungslasten müssen zwischen den Unternehmen gerecht verteilt und  
997 Unternehmen stärker an Ausbildung interessiert werden. Damit sich kleinere Unternehmen an der  
998 Berufsausbildung beteiligen können, streben wir eine Umlagefinanzierung an. Wir wollen zudem  
999 dafür sorgen, dass die Landesverwaltung nicht länger ein negatives Beispiel abgibt. Die  
1000 Ausbildungsquote hier ist minimal (1,25 Prozent im Jahr 2007) – wir hingegen orientieren uns an  
1001 mindestens 6 Prozent im Öffentlichen Dienst des Landes, der Kommunen sowie der öffentlichen  
1002 Körperschaften.

1003 Zur Stärkung der Berufsschulen halten wir seitens des Landes eine Berufsschulnetzplanung für  
1004 erforderlich, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und bei der die demografischen Probleme  
1005 berücksichtigt werden. Berufsschullehrer brauchen ein grundständiges Studium, um die fachgerechte  
1006 Ausbildung des künftigen Fachkräftebedarfs abzusichern. Zur Sicherung der Qualität in  
1007 Berufsausbildung und Berufsberatung tragen die Wiedereinführung der  
1008 Ausbildungseignungsverordnung, regelmäßige Kontrollen der Ausbildungsqualität sowie  
1009 Mitspracherechte von Auszubildendenvertretungen bei.

1010 Die Übergänge aus der Schule in die Ausbildung und aus der Ausbildung in die Berufstätigkeit oder in  
1011 eine weitere Bildungsphase sind derzeit immer noch von unzähligen Barrieren geprägt.  
1012 Bildungsgänge, die nicht berufsqualifizierend sind oder sich nicht auf berufsqualifizierende  
1013 Bildungsgänge beziehen, sind abzuschaffen. Schulisch erworbene Qualifikationen müssen im  
1014 Ausbildungssystem anerkannt werden. Im Interesse einer besseren Ausbildung von Benachteiligten  
1015 wäre das Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) durch praxisnahe modulare Ausbildungsformen mit  
1016 sozialpädagogischer Begleitung und durch effektive Hilfen für den Übergang in Arbeit zu ersetzen.

1017

## 1018 **Eine neue Hochschulpolitik**

1019 Die Brandenburger Hochschulen und das Land haben seit der Wende eine beachtliche Aufbauleistung  
1020 vollbracht. Spitzenleistungen in einigen Bereichen von Forschung und Lehre sind Teil von  
1021 erfolgreichen Kompetenzfeldern in Brandenburg und tragen somit zur Sicherung der Zukunft unseres  
1022 Landes bei. In vielen Bereichen, etwa der Betreuungsrelation oder den Ausgaben pro Studierenden, ist  
1023 Brandenburg aber schlecht aufgestellt. Die rasante Entwicklung in Wissenschaft und Gesellschaft  
1024 erfordert ungeheure Anstrengungen für eine kontinuierliche Modernisierung der Hochschullandschaft,

1025 damit wir in diesem Bereich Schritt halten können: Brandenburg muss zu einem sozialen und  
1026 modernen Hochschulland werden.

1027 Um dies zu erreichen, muss in der Hochschulpolitik umgesteuert und von der SPD/CDU-Koalition  
1028 abgelehnte Impulse aufgegriffen werden. Vor allem in fünf zentralen Bereichen gibt es erheblichen  
1029 Verbesserungsbedarf:

1030

### 1031 **Soziales Studium – Soziale Hochschule**

1032 Studiengebühren oder Studienkonten wird es mit uns nicht geben. Darüber hinaus muss ein Rahmen  
1033 geschaffen werden, in dem Studierende sozial abgesichert und flexibel studieren können. Dazu gehört  
1034 eine Studienorganisation, die ein Teilzeitstudium über die gesamte Dauer oder auch für einzelne  
1035 Semester ermöglicht. Kinder- und Familienbetreuung, Arbeit neben dem Studium, ehrenamtliches  
1036 oder politisches Engagement etc. dürfen nicht zu einer Gefährdung des Studienabschlusses führen. Die  
1037 neu eingeführte Fristenregelung im Hochschulgesetz, nach deren Ablauf Exmatrikulation droht, muss  
1038 umgehend wieder abgeschafft werden.

1039 Nötig ist kurzfristig eine weitere Erhöhung des BAföG, mittelfristig sollen elternunabhängige und  
1040 rückzahlungsfreie Studienhonoreare zumindest einen Teil des Lebensunterhaltes für die Studierenden  
1041 decken.

1042 Stellen für studentische MitarbeiterInnen sollen ausgebaut werden. Sie sind nach einer zu schaffenden  
1043 tarifvertraglichen Regelung angemessen und Existenz sichernd zu entlohnen, beispielhaft verfährt hier  
1044 Berlin. Die Hochschule darf kein Ort prekärer Beschäftigungsverhältnisse werden. Daueraufgaben in  
1045 diesen Bereichen müssen über unbefristete und tarifgerechte Beschäftigungsverhältnisse abgesichert  
1046 werden. Zeitweilige Lehraufgaben müssen zusätzlich sein und auch sie sollen tarifvertraglich geregelt  
1047 werden. Promovierende sollen grundsätzlich ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis für die  
1048 Dauer ihrer Promotion bekommen.

1049 Die in den letzten Jahren massiv finanziell beschnittenen Studentenwerke sollen besser ausfinanziert  
1050 werden.

1051

### 1052 **Qualität der Lehre**

1053 Die Lehre muss in der Bewertung der Leistungen der Hochschulen einen größeren Stellenwert  
1054 bekommen. Dazu muss die Betreuungsrelation an den Hochschulen verbessert werden. Nur mit  
1055 intensiver, individueller Betreuung durch die Lehrenden kann Lehre qualitativ gut sein. Das verlangt  
1056 den Aufbau von 250 zusätzlichen Personalstellen im Mittelbau bis 2012.

1057 Die Lehre muss im Schwerpunkt von Lehrenden mit ordentlicher Lehrbefähigung ausgeübt werden.  
1058 Die Pflicht zur regelmäßigen pädagogischen und didaktischen Weiterbildung ist gesetzlich zu  
1059 verankern. In Berufungsverfahren sollen diese Fähigkeiten in der Gesamtbewertung der  
1060 BewerberInnen einen wesentlichen Schwerpunkt bilden.

1061 10 Jahre nach der Bologna-Erklärung stellt DIE LINKE fest, dass die Ziele der Studienreform nicht  
1062 erreicht wurden. Das Bachelor-Master-System verschult das Studium, erhöht den Leistungsdruck, ist  
1063 sozial selektiver und lässt ein „studium generale“ kaum zu. Aus unserer Sicht muss daher die  
1064 Studienreform weiterentwickelt werden.

1065

### 1066 **Demokratie in der Hochschule**

1067 Hochschulen sind Schauplätze gesellschaftlichen Diskurses. Deshalb ist die gleichberechtigte Teilhabe  
1068 aller Hochschulangehörigen an den Entscheidungsprozessen zwingend erforderlich. Dazu gehört die  
1069 viertelparitätische Vertretung der Mitgliedergruppen in allen Entscheidungsgremien. Studierende  
1070 sollen als größte Mitgliedergruppe auch in den Hochschulleitungen vertreten sein.

1071 Wir halten es für erforderlich, die Interessenvertretungen der Hochschulmitglieder in die  
1072 Hochschulplanung und den Gesetzgebungsprozess auf Landesebene intensiver und institutionalisierter  
1073 einzubinden. Die Landesvertretungen der Statusgruppen sollen ein gesetzlich verankertes

1074 Beteiligungs- und Anhörungsrecht für Gesetzgebungsvorhaben im Hochschulbereich erhalten.  
1075 Außerdem wollen wir die Bildung von lokalen Hochschulräten, die über externe Mitglieder die  
1076 Verankerung der Hochschulen in ihrem Umfeld und der Gesellschaft insgesamt verbessern.  
1077

## 1078 **Freiheit von Forschung und Lehre**

1079 Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut, das die Weiterentwicklung der Gesellschaft  
1080 insgesamt sichert. Die notwendige kontinuierliche Modernisierung der Hochschullandschaft darf sich  
1081 nicht an kurzfristigen Erfordernissen des Marktes orientieren. Insbesondere darf sich die Zuweisung  
1082 von Landesmitteln nicht länger vornehmlich auf Studiengänge konzentrieren, die durch ihren  
1083 Praxisbezug ohnehin besonders guten Zugang zu Drittmitteln haben. Auch muss Raum für kritische  
1084 Wissenschaft sein. Die Einheit von Lehre und Forschung muss gewährleistet bleiben. Experimente  
1085 wie die Lehrprofessur lehnen wir ab.

1086 Zur Freiheit von Forschung und Lehre gehört auch die Freiheit des Studiums. Studierende müssen das  
1087 Recht und die Möglichkeit haben, vielfältige Lehrangebote wahrnehmen und dabei Erfahrungen  
1088 außerhalb ihres Kernfaches sammeln zu können. Die immer stärkere Verschulung des Studiums im  
1089 Rahmen der Studienreform konterkariert das freie Studium und wird von uns abgelehnt.

1090

## 1091 **Hochschulzugang**

1092 Brandenburg hat eine niedrige Bildungsbeteiligung. Deswegen lautet unser Schwerpunkt: mehr  
1093 Studierende – nicht zusätzliche Zugangshürden. Nur durch eine Erhöhung der Studierquote kann dem  
1094 drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Bereits in der Schule muss das Interesse für  
1095 das Studium geweckt und dafür geworben werden. Die Studienangebote müssen die Wünsche und  
1096 Interessen von Frauen stärker berücksichtigen – insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich, aber  
1097 auch in den Geisteswissenschaften.

1098 Weiterhin müssen die Zugangsvoraussetzungen zu den Hochschulen soweit als möglich flexibilisiert  
1099 werden. Neben dem Abitur sollen künftig auch der Abschluss einer Ausbildung, entsprechende  
1100 Berufserfahrung oder sonstige Eignungsnachweise zum Studium berechtigen.  
1101 Zulassungsbeschränkungen in konsekutiven Studiengängen gehören grundsätzlich abgeschafft. Jede  
1102 und jeder Studierende mit einem Bachelor-Abschluss muss die Chance haben, auch den  
1103 entsprechenden Master-Studiengang zu belegen, um sich weiter zu qualifizieren. Generell fordern wir:  
1104 der Master ist der Regelabschluss.

1105

## 1106 **Weiterbildung**

1107 Wieder und wieder ist in Brandenburg von Fachkräftemangel die Rede. Dieser Mangel hat viele  
1108 Ursachen. Wir halten es für geboten, ihm mit einer Qualifizierungsoffensive entgegen zu wirken.

1109 Dabei steht mehr zur Debatte als nur eine gesellschaftliche Reparaturmaßnahme. Bildung wird mehr  
1110 und mehr zu einem lebensbegleitenden Prozess. Das bedeutet, dass die nach allgemeiner, universitärer  
1111 oder beruflicher Erstausbildung einsetzende Weiterbildung zu einem immer wichtigeren Bestandteil  
1112 des gesamten Bildungssystems wird. Schon jetzt ist der Weiterbildungsbereich hinsichtlich seiner  
1113 Teilnehmerzahlen der größte Bildungssektor. Dennoch kommt er – trotz großen Engagements von  
1114 vielen Institutionen und Lehrkräften – noch nicht systematisch und effektiv dem nach, was sich an  
1115 gesellschaftlichen und privaten Herausforderungen mit dem „lebensumspannenden Lernen“ verbindet.

1116 Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung grundlegend zu verbessern. Was getan und  
1117 unternommen wird, funktioniert besser und erbringt mehr, wenn es sinnvoll vernetzt ist, wenn sich die  
1118 Anstrengungen gegenseitig ergänzen und unterstützen. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf  
1119 betriebliche Weiterbildung, eine innovative betriebliche Weiterbildungspolitik, Initiativrechte der  
1120 Betriebs- und Personalräte, mehr Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, die Verpflichtung der  
1121 Betriebe auf eine laufende Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs sowie eine aktive staatliche  
1122 Weiterbildungsförderung. Dazu kommt: Das brandenburgische Weiterbildungsgesetz bietet schon jetzt  
1123 mehr, als genutzt wird.

1124 In der nächsten Legislaturperiode wollen wir das Netz an Volkshochschulen und anderen  
1125 Weiterbildungsträgern in seiner Vielfalt erhalten und stützen. Das heißt u. a., dass der in der  
1126 Weiterbildungsverordnung benannte Finanzierungsschlüssel von 2.400 Unterrichtseinheiten je 40.000  
1127 Einwohner ausgeschöpft wird. Die Förderung je Unterrichtsstunde soll auf 25 Euro steigen. Die  
1128 unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten sind bei der Bemessung der Grundversorgung zu  
1129 berücksichtigen und die regionalen Weiterbildungsbeiräte zu stärken.

1130

### 1131 **Kultur für alle gewährleisten**

1132 Angesichts der Unterfinanzierung von Kunst und Kultur im Land Brandenburg, der zunehmenden  
1133 Diskrepanz zwischen Metropole und Randgebieten, der demografischen Entwicklung und teilweise  
1134 drückender sozialer Probleme stellt sich scheinbar die Frage, ob wir uns Kunst und Kultur überhaupt  
1135 noch leisten können. Selbst Bildung wird immer wieder auf Standortfaktor oder Kennzeichen von  
1136 „Humankapital“ reduziert. Aber der wirkliche Rahmen der Bildung ist die Kultur.

1137 Wir halten auch unter den veränderten Bedingungen in diesem Sinne am Anspruch einer Kultur für  
1138 alle fest. Kultureller Selbstausdruck und Teilhabe an Kultur sollen nicht Vorrecht, sondern  
1139 Möglichkeit für alle sein. Dabei geht es nicht um die Frage, ob wir uns kulturelle und künstlerische  
1140 Einrichtungen noch leisten können, sondern darum, welche neuen und komplizierter werdenden  
1141 Aufgaben vor demokratischer Kulturpolitik stehen.

1142 Wir unterstützen die gegenwärtigen Bemühungen, Kultur als Pflichtaufgabe gesetzlich zu verankern.  
1143 Kultur als Staatsziel gehört ins Grundgesetz.

1144 Zur Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen bei der Förderung von Kultur gibt es keine  
1145 Alternative. Sie ist notwendiger denn je. DIE LINKE setzt sich für eine zeitgemäße Fortentwicklung  
1146 des kooperativen Kulturföderalismus ein. Allerdings ist es dazu notwendig, eine tatsächliche  
1147 Kooperation zwischen Landesebene und kommunaler Ebene zu befördern und nicht die finanzielle  
1148 Last immer mehr auf die Kommunen zu verlagern. Nur so kann erreicht werden, dass auch  
1149 Kommunen entsprechende Verpflichtungen verbindlich eingehen. Öffentliche Kulturförderung sollte  
1150 durch privates und wirtschaftliches Engagement ergänzt (nicht ersetzt) werden.

1151 Wir sehen das Land in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur  
1152 Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit jenen Mitteln auszustatten, die den notwendigen  
1153 Aufgaben sowohl im Bereich der Basiskultur als auch der Hochkultur entsprechen. Eine Schließung  
1154 sorbischer Kultureinrichtungen, die zu einem großen Teil seit mehr als 50 Jahren bestehen, ist nicht  
1155 hinnehmbar. Die sorbischen Medien, insbesondere der DOMOWINA-Verlag und die Zeitungen,  
1156 müssen auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der beiden  
1157 sorbischen Sprachen leisten.

1158 Die in Brandenburg lebenden Sinti und Roma sind entsprechend den europäischen  
1159 Minderheitenabkommen angemessen zu fördern.

1160

### 1161 **Kulturelle Bildung**

1162 Kulturpädagogische und künstlerische Einrichtungen und Vereine bilden einen Schwerpunkt  
1163 kulturpolitischer Arbeit der LINKEN. Das auch in der Fläche des Landes relativ gute Netz von  
1164 künstlerischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche soll erhalten werden. DIE LINKE setzt sich  
1165 dafür ein, Möglichkeiten zu finden, von der Projektförderung zu einer langfristig angelegten  
1166 institutionellen Förderung über zugehen.

1167 Wir werden bis Ende 2010 eine Konzeption Kulturelle Bildung im Land Brandenburg mit dem  
1168 Schwerpunkt kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen vorlegen. Damit nehmen wir die  
1169 Anregungen der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ auf.  
1170 Kulturelle Bildung ist konzeptionell wie in der praktischen Arbeit eine ressortübergreifende Aufgabe.

1171 Angesichts der heutigen Medienvielfalt und der Möglichkeiten des Internets ist Medienkompetenz zu  
1172 einer Grundfrage selbstbestimmten Lebens und freier Entscheidungsmöglichkeiten geworden.  
1173 Kulturelle Bildung muss sich dieser Herausforderung stellen. Medienkompetenz setzt einen

1174 ungehinderten Zugang zum Internet in Schulen, Hochschulen, Bibliotheken sowie in kommunalen  
1175 Einrichtungen voraus.

1176

## 1177 **Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen [ÄA 12.1 Ü]**

1178 Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Erinnerungskultur. Gedenken an die von 1933 bis 1945  
1179 begangenen Verbrechen, insbesondere an die Vernichtung von Millionen Menschen, muss im  
1180 Mittelpunkt dieser Kultur stehen. Wir setzen uns ein für die (nicht nur) finanzielle Unterstützung heute  
1181 noch lebender Opfer und fördern den Kontakt der letzten Überlebenden des NS-Terrors zu  
1182 Nachgeborenen. Wir plädieren für eine wirkliche Integration der Brandenburger Gedenkstätten der  
1183 Verbrechen der Nazis in den Lehrplan. Wir fordern daher die Einrichtung einer Stiftung oder Stelle,  
1184 die auch in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten integriert sein kann, die LehrerInnen bei der  
1185 Vorbereitung von Gedenkstättenbesuchen unterstützt und eine wichtige Schnittstelle ist zwischen  
1186 Brandenburgs Schulen und den pädagogischen Diensten der Gedenkstätten. Über die inhaltliche  
1187 Unterstützung hinaus muss der Besuch dieser und anderer Gedenkstätten, auch in anderen Ländern,  
1188 durch das Land Brandenburg finanziell gesichert werden.

1189 20 Jahre nach dem Mauerfall fühlen wir uns auch dem Erinnern der DDR und ihrem Scheitern  
1190 verpflichtet. Die Konstruktion eines pseudo-wissenschaftlichen Totalitarismuskonzepts, das DDR und  
1191 „III. Reich“ als zwei „deutsche Diktaturen“ gleichsetzt, lehnen wir entschieden ab. Wir fordern  
1192 vielmehr eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit dem in der DDR begangenen  
1193 Unrecht, mit dem Alltag für die BürgerInnen und mit den Gründen für das Scheitern – fernab von  
1194 Nostalgie und unter Einbeziehung der Erfahrungen und Erinnerungen der BrandenburgerInnen.

1195 Bei der Entwicklung der Museumslandschaft gehen wir davon aus, dass in enger Zusammenarbeit von  
1196 Fachverbänden, Landeseinrichtungen, Museen in kommunaler Trägerschaft und lokal engagierten  
1197 Vereinen und Interessengruppen das große Angebot im Land erhalten und vor allem qualitativ  
1198 weiterentwickelt werden kann.

1199 Wir fordern ein auf wissenschaftlicher Grundlage und unter Beachtung sensibler Interessen und  
1200 Gefühle unterschiedlicher Zeitzeugen zu erarbeitendes Konzept zur Erinnerungskultur. Wir werden  
1201 uns an dem Diskussionsprozess konstruktiv beteiligen. Ein Schwerpunkt wird die Auseinandersetzung  
1202 mit den Verbrechen der Nazi-Herrschaft sein. Der Widerstand gegen die Nazis muss dabei noch  
1203 differenzierter behandelt werden, um die tatsächliche Breite vor allem Jugendlichen vermitteln zu  
1204 können.

1205 Wir stellen uns der Geschichte der DDR in all ihren Facetten und unterstützen alle, die das auch tun.  
1206 Nostalgische Verklärung wie auch einseitige Abstraktion von der Lebenswirklichkeit helfen hier nicht  
1207 weiter. Hier muss ein Konzept erarbeitet und umgesetzt werden, dass auf wissenschaftlicher  
1208 Grundlage beruht, die Lehren aus der DDR und ihrem Scheitern bewahrt und zugleich zu Erfahrungen  
1209 und Erinnerungen der Bürgerinnen und Bürger in Beziehung setzt.

1210

## 1211 **Musikschulen**

1213 Ausgehend von den Forderungen der Fachgremien, die auf eine  
1215 zunehmende Schülerzahl an Musikschulen verweisen können, setzen wir  
1217 uns für eine grundsätzliche Neuregelung der Finanzierung und  
1219 Personalausstattung vom Land anerkannter Musikschul- und  
1221 Kunsteinrichtungen ein. Ein novelliertes Musikschulgesetz ist deshalb  
1223 notwendig. Ziel dieses Projektes ist es, eine langfristige durch Verträge  
1225 gesicherte Arbeit der Musikschulen zu gewährleisten, die sowohl die  
1227 musikalische Früherziehung, Breitenausbildung und Talentförderung  
1228 berücksichtigt. Außerdem geht es darum, die Aufgaben der Musikschulen zu erweitern und  
1229 Musikschulen noch stärker mit Kindergärten (Kindertagesstätten) und Schule, besonders im  
1230 Ganztagsangebot, zu vernetzen, um sozialpädagogische Aufgaben noch besser übernehmen zu  
1231 können.

**Schlüsselvorbaben 11:  
Neues Musikschulgesetz  
– Finanzierung und  
Personalausstattung  
verbessern**

1232 Wir würdigen die Aktivitäten unterschiedlicher Fachverbände und setzt sich für eine konstruktive  
1233 Unterstützung ein. Das betrifft zum Beispiel den Landesmusikrat, „Jugend musiziert“ oder auch  
1234 kleinere Initiativen wie „Bassini“. Wir setzen uns für die Unterstützung und Weiterentwicklung von  
1235 Schulensembles und Schulchören ein.

1236

### 1237 **Theater und Bibliotheken**

1238 Wir werden alles tun, um die jetzt bestehenden Theater des Landes langfristig zu sichern. Der  
1239 Schwerpunkt ist dabei, die Ensemble-Theater zu erhalten. Wir setzen uns für eine bessere  
1240 Unterstützung der freien Theater ein.

1241 Wir werden prüfen, ob anknüpfend an gute Erfahrungen mit Schüler- und Jugendtheatertagen an  
1242 verschiedenen Einrichtungen die Errichtung einer „Theaterschule“ möglich ist. Hier könnten  
1243 brandenburgische Schulen im Rahmen des Unterrichtsfaches Darstellendes Spiel oder entsprechender  
1244 Arbeitsgemeinschaften Wochenkurse belegen.

1245 Nach unserer Überzeugung kommt den Bibliotheken im Land Brandenburg bei der Förderung von  
1246 generationsübergreifender kultureller Bildung eine herausragende Rolle zu. In Anlehnung an die guten  
1247 Erfahrungen mit dem Brandenburgischen Musikschulgesetz wollen wir ein Landesbibliotheksgesetz  
1248 auf den Weg bringen.

1249

### 1250 **Mehr Mut zu Entscheidungen**

1251 Die Abstimmung und Förderung einzelner Kultursparten und Aufgabenbereiche erfordert nach unserer  
1252 Auffassung mehr Mut zu Entscheidungen – sowohl innerhalb des Landesressorts Kultur wie auch in  
1253 möglicher Auseinandersetzung mit anderen Ressorts. Das gilt für Musik und Tanz, für Museen,  
1254 Galerien, Heimatstuben und Heimatvereine, für Literatur, Baukultur, Film und Fernsehen, für  
1255 Kulturaufgaben der Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, für Kulturfeste und  
1256 Kulturstiftungen. Und es gilt bis hin zu internationaler Kulturarbeit.

1257 Im einzelnen werden wir uns z. B. stark machen für Babelsberg, für das Cottbuser Festival des  
1258 Osteuropäischen Film, für die Weiterführung der Cottbuser Kulturstiftung auch nach 2013, für das  
1259 Kulturland Brandenburg und auch für die Kulturwirtschaft.

1260 Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffenden steht weiterhin im  
1261 Mittelpunkt unserer politischen Arbeit.

1262 Großes Augenmerk richten wir auf die Unterstützung der bildenden Künste. Wir wollen eine  
1263 gesetzlich geregelte Ausstellungsvergütung.

1264

### 1265 **Medien**

1266 Medien und Kultur gehören auf das Engste zusammen. Medienkommunikation und Information  
1267 prägen unsere Wissenshorizonte, berühren Grundfragen demokratischer Beteiligung, bestimmen  
1268 unsere Lebensweise mit. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung fördern, Bürgerinnen und Bürger  
1269 zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen und in Kontrollmöglichkeiten einbeziehen.  
1270 Medien müssen der Gesellschaft und dem Individuum die Möglichkeit geben, sich umfassend zu  
1271 informieren und sich vielstimmig zu artikulieren. Stärkung und Ausbau des öffentlich-rechtlichen  
1272 Rundfunks sind eine kulturelle Herausforderung! Seine Aufgaben und sein Stellenwert müssen neu  
1273 definiert und der Medienstandort Berlin-Brandenburg gestärkt werden. Dazu gehört neben einer  
1274 klugen Förderpolitik für die Kreativwirtschaft, das Ringen um den seit langem notwendigen  
1275 Finanzausgleich innerhalb der ARD, der für die finanzielle Absicherung des Rundfunk Berlin-  
1276 Brandenburg wesentlich ist. Wir arbeiten konsequent für ein neues solidarisches  
1277 Rundfunkgebührenmodell ein, welches sozial ausgestaltete Befreiungstatbestände beinhaltet, sowie  
1278 Mehrfachzahlungen von GEZ-Gebühren ausschließt. Der Empfang des öffentlich-rechtlichen  
1279 Rundfunks muss für alle bezahlbar bleiben.



1280 Im Zeitalter moderner Kommunikation ist der Internetzugang mittlerweile so existenziell wie die  
1281 Energieversorgung und öffentlicher Nahverkehr. Als Aufgabe im Rahmen der öffentlichen  
1282 Daseinsvorsorge steht DIE LINKE für eine zeitnahe flächendeckende Versorgung im Land  
1283 Brandenburg mit Internet.  
1284

1285 **4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken,**  
1286 **Toleranz leben.**

1287

1288 Wir wollen, dass es sich überall in Brandenburg gut leben lässt. Der Maßstab dafür, ob und wie das  
1289 gelingt, sind nicht Statistiken und Rankings, sind nicht Leuchttürme und Musterregionen hier und da.  
1290 Der Maßstab ist, wie Brandenburgerinnen und Brandenburger dort zurechtkommen, wo sie wohnen,  
1291 ob sie sich wohl fühlen oder nicht, ob sie Chancen haben oder nicht, ob ihre Lebensweisen rechtlich  
1292 gleichbehandelt werden oder nicht. Das reicht von der konsequenten Umsetzung der Ansprüche der  
1293 Landesverfassung über die Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union bis zur  
1294 konsequenten Umsetzung der UNO-Konvention für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen  
1295 des gesellschaftlichen Lebens.

1296 Das meinen wir, wenn wir uns wieder und wieder für den Grundsatz unserer Landesverfassung stark  
1297 machen, wonach es in allen Regionen Brandenburg gleichwertige Lebensbedingungen geben soll.

1298

1299 **Starke Kommunen**

1300 Die Grundvoraussetzung dafür sind funktionierende, lebensfähige Gemeinwesen – Städte, Dörfer und  
1301 Landkreise.

1302 Daher bedarf es auch weiterhin eines politischen Ausgleichs. Der Staat darf sich nicht weiter aus der  
1303 Fläche zurückziehen. Privatisierungen verbieten sich bei Aufgaben, die im Interesse der Gemeinschaft  
1304 unverzichtbar sind.

1305 Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und muss sich den wandelnden Erfordernissen  
1306 anpassen. Das Land muss das gewährleisten. Aber wie die Dinge organisiert werden – das muss in den  
1307 Regionen selbst, das muss vor Ort entschieden werden können – mit klaren Kompetenzen und den  
1308 nötigen Finanzen.

1309 Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den Kreisen und  
1310 den Gemeinden. Mit neuen Entscheidungskompetenzen müssen die Planungs- und  
1311 Koordinierungskompetenzen deutlich in Richtung der Kommunen verschoben werden. Die Strukturen  
1312 sind dabei an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu orientieren.  
1313 Kompetenzüberschneidungen, Doppelstrukturen, umständliche Verfahren und Kompetenzgerangel  
1314 zwischen den Verwaltungsebenen müssen rigoros abgebaut werden. Über moderne  
1315 Kommunikationsmittel ist bürgernahe Verwaltung zu sichern und auszubauen. Grundlage ist das  
1316 Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von Aufgabenübertragung und Übertragung  
1317 der erforderlichen Finanzmittel.

1318 Auch die Rahmenbedingungen dafür müssen geschaffen werden. Dazu gehört für uns die Stärkung der  
1319 kommunalen Selbstverwaltung. Kommunalpolitik ist in Brandenburg bisher das fünfte Rad am Wagen  
1320 der Landespolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunalvertretungen in ihren Entscheidungs-  
1321 und Kontrollrechten gegenüber der Verwaltung gestärkt werden, die Möglichkeiten moderner  
1322 Informationsverarbeitung und Kommunikation realistisch bewertet und umgesetzt werden, die  
1323 Handlungsspielräume für kommunale Unternehmen und Einrichtungen erweitert und der Prozess der  
1324 Rekommunalisierung wirtschaftlicher Unternehmen gefördert wird.

1325

1326 **Zentrale Orte**

1327 Die flächendeckende Daseinsvorsorge wird über das System der zentralen Orte getragen. Der  
1328 demografische Wandel, technologische und strukturelle Umbrüche im Wirtschaftsleben, soziale  
1329 Verwerfung und veränderte Mobilität erfordern, dieses System auch mit der  
1330 Landesentwicklungsplanung den neuen Erfordernissen anzupassen und zukunftsfähig zu gestalten.  
1331 Insbesondere in den strukturschwachen Regionen mit schrumpfenden Einwohnerzahlen sind viele  
1332 zentrale Orte schon heute auf Grund mangelnder wirtschaftlicher Tragfähigkeit nicht mehr in der  
1333 Lage, die nötigen Versorgungs- und Dienstleistungen zu erbringen.

1334 Die Landesregierung versucht, das Problem durch Auflösung der unteren Kategoriestufe der zentralen  
1335 Orte zu lösen. Die Grundzentren sind weggefallen, damit sich die Mittelzentren als tragfähige  
1336 funktionale Einheiten konsolidieren können. Damit ist jedoch noch kein Problem wirklich gelöst. Die  
1337 Maschen im räumlichen Netz der Daseinsvorsorge werden größer, zugleich bleibt die ungleiche und  
1338 dezentrale Verteilung von Kapazitäten mit zentralörtlicher Dimension und Qualität bestehen. Das  
1339 Land zieht sich aus weiten Teilen seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurück. So geht es  
1340 nicht. Wir treten dafür ein, dass die bisherigen Grundzentren für eine Übergangszeit eine verstärkte  
1341 Förderung erhalten, damit sie ihre sozialen und Umland-Funktionen wahrnehmen können.

1342 Nötig aber ist ein Systemwechsel.

1343 Aus unserer Sicht basiert ein solcher Systemwechsel auf drei Komponenten:

1344 Zum ersten braucht das Land eine ausgewogene Verteilung von starken Oberzentren, die jeweils das  
1345 gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge auf sich vereinen und für alle Nutzer im Einzugsbereich mit  
1346 dem ÖPNV gut erreichbar sind. Gegebenenfalls ist auch hier eine weitere Konzentration auf die  
1347 zentralen Ort der einzelnen Regionen sinnvoll.

1348 Zum zweiten kann auf den bestehenden Einrichtungen von zentralörtlicher Dimension in den Grund-  
1349 und Mittelzentren aufgebaut werden, über deren Entwicklung als zukunftsfähige Träger der  
1350 Daseinsvorsorge unabhängig vom Status des Ortes strikt nach den Kriterien der Qualität, Kapazität  
1351 und Erreichbarkeit zu entscheiden ist.

1352 Zum dritten muss die interkommunale Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

1353

### 1354 **Interkommunale Zusammenarbeit**

1355 In Brandenburg gibt es große Unterschiede – auch innerhalb von Landkreisen – und Gemeinsamkeiten  
1356 über Kreisgrenzen hinweg.

1357 Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Ziel ist eine  
1358 Zusammenarbeit, bei der Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage gemeinsame Projekte  
1359 realisieren. Dies kann nicht nur Wasser und Abwasser sein, sondern auch der gemeinsame Betrieb  
1360 einer Schule oder Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine gewerbliche  
1361 Entwicklungsmaßnahme, die die Kraft und Kompetenz einzelner Partner übersteigt. Das Gesetz zur  
1362 kommunalen Gemeinschaftsarbeit ist entsprechend anzupassen, die Landkreise müssen dafür  
1363 Verantwortung übernehmen können. Projekte interkommunaler Zusammenarbeit hat das Land stärker  
1364 durch spezielle Förderprogramme und durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu unterstützen. Im  
1365 Rahmen der Experimentierklausel wollen wir entsprechende Spielräume schaffen.

1366 Um die Potenziale der Regionen zu entwickeln und zu nutzen, halten wir außerdem eine engere  
1367 Koordinierung und Vernetzung der Handlungsstrategien von Wirtschaftsförderung, Landesplanung  
1368 und gegebenenfalls der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die Gestaltung von Regionen für  
1369 erforderlich. Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen politisch und wirtschaftlich gestärkt und  
1370 durch klare Bestimmung ihrer Aufgaben und bewusste Nutzung ihrer Erfahrungen stabilisiert werden.  
1371 Entscheidungen zur Landesentwicklung gehören unter Parlamentsvorbehalt.

1372

### 1373 **Auskömmliche Kommunalfinanzierung**

1374 Alle Reformen werden aber nur funktionieren und zu guten Lebensbedingungen beitragen, wenn die  
1375 finanziellen Grundlagen stimmen. Derzeit aber gehen die Verhältnisse immer weiter auseinander;  
1376 Schwächen werden nicht mehr ausgeglichen, sondern verschärfen sich. So geht es nicht weiter. Eine  
1377 nachhaltige auskömmliche Kommunalfinanzierung ist mit den gegenwärtigen Regelungen im  
1378 Finanzausgleichsgesetz nicht gewährleistet. Deswegen muss der kommunale Finanzausgleich  
1379 verändert werden. Unser Ziel besteht darin, dass der kommunale Anteil an den Einnahmen des Landes  
1380 über die Verbundquote von 20 auf 22,5 Prozent erhöht, der Vorwegabzug von 50 Millionen Euro  
1381 abgeschafft und Ausgleichsmechanismen zu Gunsten der finanzschwachen Gemeinden insbesondere  
1382 in den ländlichen Gebieten z.B. durch einen demografischen Faktor, ausgestaltet werden. Damit es zu  
1383 einer vernünftigen Neuregelung kommt, müssen die Kommunen selbst und auch der Landtag eine

1384 größere Rolle spielen. Deswegen wollen wir den im derzeitigen Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen  
1385 Beirat zu einer Gemeindefinanzkommission aufwerten. Zugleich muss sich das Land auf Bundesebene  
1386 konsequent für eine Gemeindefinanzreform einsetzen, durch die der Anteil der Kommunen am  
1387 öffentlichen Finanzaufkommen erhöht wird.

1388

### 1389 **Wohnen ist Menschenrecht**

1390 Zur Verwirklichung dieser Zielstellung sind vielfältige Bedingungen zu erfüllen. Die dynamischen  
1391 und strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen erfordern ein komplexes und den sich  
1392 vollziehenden Prozessen entsprechendes Handeln. Das Wohnen wird durch die unterschiedlichsten  
1393 sozialen, ökonomischen und demografischen Prozesse beeinflusst. Die demografische Entwicklung  
1394 zwingt zu notwendigen Korrekturen am Wohnungsmarkt. Deshalb muss der Stadtumbau weitergehen!  
1395 Aber mit veränderten Prioritäten - Weg vom Abriss hin zur Aufwertung unserer Städte. Wichtig ist  
1396 hierbei für uns, dass die Bürgerbeteiligung an diesem Prozess befördert wird. Denn: Der Stadtumbau  
1397 muss Sache derer sein, die in den Städten wohnen und leben!

1398 In den vergangenen Jahren stiegen die Wohnkosten auch in Brandenburg enorm. In Brandenburg  
1399 müssen mittlerweile im Durchschnitt mehr als 30% des Einkommens für die Wohnkosten  
1400 aufgewendet werden - mit steigender Tendenz. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden.  
1401 Erforderlich sind u. a. eine Änderung der Mietgesetzgebung, die Reduzierung der kommunalen  
1402 Gebühren, vor allem aber Stärkung der kommunalen und genossenschaftlichen  
1403 Wohnungsunternehmen.

1404 Die Wohnungsversorgungssituation im Land ist differenziert zu betrachten. In Brandenburg stehen  
1405 sich Regionen mit Wohnungsmangel und Regionen mit großem Wohnungsüberangebot gegenüber.  
1406 Dennoch bleibt die Forderung, dass die Wohnraumstruktur dem veränderten Bedarf angepasst werden  
1407 muss! Auch hier erfordert der demografische Wandel sich diesen neuen Bedingungen zu stellen: Wir  
1408 brauchen Wohnungen für alle Generationen, mit Schwerpunkt auf altersgerechtem Wohnen und  
1409 Singlewohnungen.

1410 Eine Grundforderung unsererseits ist die generelle Streichung der Altschulden der  
1411 Wohnungsunternehmen. Die Unternehmen zahlen heute ca. 1 € je qm Wohnfläche aus den  
1412 Nettomieteinnahmen für die Bedienung der Altschulden. Erst nach Streichung der so genannten  
1413 Altschulden werden die Wohnungsunternehmen wieder zusätzliche Spielräume für Investitionen und  
1414 freiwillige soziale Projekte haben. Auch angesichts der aktuellen Finanzkrise wäre das ein  
1415 bedeutender Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft.

1416 Wir brauchen in Brandenburg ein soziales Marktsegment an Wohnungen.

1417

### 1418 **Umweltgerechte Mobilität für alle sichern!**

1419 Im Flächenland Brandenburg hat die Sicherung von Mobilität für alle Menschen größte Bedeutung.  
1420 Denn sie ist wesentliche Grundlage für Lebensqualität und persönliche Freiheit, ist ein Schlüssel zur  
1421 Sicherung gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe, ermöglicht die volle Teilnahme am  
1422 Arbeitsleben, an Bildung und Kultur, am Gesundheitswesen, an demokratischen  
1423 Entscheidungsprozessen sowie am gesellschaftlichen Leben insgesamt.

1424 Viele Autobahnen und Schienenwege sind in den vergangenen Jahren ausgebaut und modernisiert  
1425 worden. Doch trotz einer leistungsfähigeren Infrastruktur blieb die Verkehrspolitik der Koalition auch  
1426 unsozial und unökologisch. Unwirtschaftliche Verkehrsprojekte wie der Havelausbau wurden  
1427 vorangetrieben und überdimensionierte Ortsumgehungen gebaut. Die Bedingungen für den  
1428 öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurden weiter verschlechtert, der Straßenverkehr wuchs  
1429 übermäßig – und mit ihm wuchsen die Umweltbelastungen. Liniennetze des ÖPNV wurden  
1430 ausgedünnt und ganze Regionen sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar. Die  
1431 Fahrpreise im Bereich des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) stiegen an und für die  
1432 Schülerbeförderung wurden Kostenbeteiligungen für die Eltern eingeführt. Das Unfallrisiko auf  
1433 Brandenburgs Straßen bleibt unverträglich hoch. Die Landesregierung hat den wachsenden Verkehr nur  
1434 verwaltet, nicht aber zukunftsfähig gestaltet.

1435 Wir stellen dieser Politik ein Konzept von Mobilität entgegen, das sozialen und ökologischen  
1436 Anforderungen gerecht wird. Wir treten für einen Kurswechsel in der Verkehrspolitik ein, der auf  
1437 Verkehrsvermeidung, Verkehrsreduzierung und Verkehrsverlagerung ausgerichtet ist. Ein  
1438 umweltgerechtes Verkehrssystem als Rückgrat öffentlicher Daseinsvorsorge verlangt ein  
1439 engmaschiges und flexibles öffentliches Verkehrsnetz, das nicht nur den spezifischen Anforderungen  
1440 von Berufspendlern und des Schülerverkehrs gerecht wird, sondern auch Mobilität für Weiterbildung,  
1441 Sport, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Naherholung garantiert sowie Kommunikation und Teilnahme an  
1442 demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglicht. Wir verstehen dieses Netz als Umweltverbund  
1443 von ÖPNV mit dem Regionalverkehr auf der Schiene (SPNV) sowie Fahrrad- und Fußgängerverkehr,  
1444 das eine attraktive Umstiegsvariante für Autofahrer und zugleich ein Angebot für naturverträglichen  
1445 Tourismus (Rad-, Wasser- und Kulturtourismus) bietet.

1446 Die politische Herausforderung ist angesichts vorhandener Versorgungslücken und Defizite im  
1447 öffentlichen Verkehrsnetz groß. Finanziell können wir dies durch Optimierung aller  
1448 Finanzierungsströme von EU und Bund sowie durch den zielgerichteten und effektiven Einsatz von  
1449 Landesmitteln schultern.

1450

### 1451 **Verkehrspolitische Kurswechsel**

1452 Ein verkehrspolitische Kurswechsel erfordert energische Schritte zur Stärkung des Bahnverkehrs  
1453 durch Infrastrukturverbesserungen im Schienennetz sowie die attraktive Gestaltung der Bahnhöfe in  
1454 der Fläche.

1455 Qualitätsverbesserungen im ÖPNV und im schienengebundenen Regionalverkehr durch  
1456 flächendeckende Taktzeitangebote, bessere Vernetzung von Linien/Strecken und Verknüpfungen der  
1457 verschiedenen Verkehrsträger sowie Einsatz von flexiblen bedarfsorientierten Verkehrsmitteln (z. B.  
1458 Rufbus) insbesondere im ländlichen Raum sind dringend geboten.

1459 Ein barrierefreier Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln ist zu gewährleisten. Wir wollen auch  
1460 die sozialen Mobilitätsbarrieren durch ein sozial gerechtes Tarifsystem abbauen und vorhandene  
1461 Fahrpreisregelungen wie Sozialticket (Mobilitätsticket), Semesterticket, Schülerfreizeiticket,  
1462 Ferienticket, Senienticket erhalten, qualifizieren und weiteren Nutzergruppen zugänglich machen.

1463 Beim Straßenbau wollen wir uns gemäß Landesstraßenbedarfsplan auf Instandsetzung und  
1464 Instandhaltung des Straßennetzes und auf Sanierung kommunaler Straßen konzentrieren. Den  
1465 wachsenden Belastungen durch den Lkw-Verkehr auf der Straße muss durch eine konsequente  
1466 Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße und durch Optimierung des  
1467 kombinierten Verkehrs (Straße, Schiene, Wasser) in den Güterverkehrszentren (GVZ) begegnet  
1468 werden.

1469 Wir setzen auf eine Verbesserung des Fahrradverkehrs durch beschleunigten Radwegebau und durch  
1470 Erstellung einer Radwegekonzeption, die länderübergreifend die vorhandenen Radwege vernetzt und  
1471 auf die Anforderungen verschiedener Nutzergruppen (Berufspendler, Schüler, Touristen, Gewerbe)  
1472 zugeschnitten ist.

1473 Auch für Wasserstraßen steht die vorrangige Nutzung der ausreichend vorhandenen Kapazitäten im  
1474 Vordergrund. Wir setzen auf eine behutsame Sanierung und Modernisierung von Wasserläufen und  
1475 Hafenanlagen. [ÄA 4.14 TÜ] [Das Verkehrsprojekt 17 ist endgültig zu stoppen.](#)

1476

### 1477 **Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen**

1478 Verkehrsbedingte Belastungen wie Lärm, Luftschadstoffe (Feinstaub) und CO<sub>2</sub> beeinträchtigen die  
1479 Gesundheit und schränken die Lebensqualität vieler Menschen ein. Maßnahmen zur Vermeidung bzw.  
1480 Verminderung von Lärm und Schadstoffen müssen primär an der Quelle erfolgen und vorrangig durch  
1481 Verkehrsvermeidung, -reduzierung und -verlagerung getrieben sein. Belastungsminderungen wie etwa  
1482 bei Lärm erfordern, die Verkehrswege (Straße, Schiene) auf belastungsarme Betriebsweisen  
1483 auszuliegen und von vornherein Tempolimits als aktive Präventionsmaßnahme vorzusehen.

1484 Den Belastungen durch Fluglärm ist durch einen großräumigen passiven und aktiven Anwohnerschutz  
1485 unter Einhaltung von Nachtflugverboten zu begegnen. Das trifft sowohl für den Flughafen BBI in  
1486 Schönefeld mit allein ca. 120.000 davon Betroffenen wie für weitere Verkehrslandeplätze in  
1487 Brandenburg zu. Eine attraktive Bahnanbindung an den BBI-Flughafenbahnhof ist schnellstmöglich  
1488 zu realisieren, damit ca. 50 Prozent der Fluggäste mit der Bahn an- und abreisen können. Durch  
1489 attraktive Fernbahnverbindungen sind Kurzstreckenflugverkehre bis 600km schrittweise abzulösen.  
1490 **[ÄA 7.21]**

1491 Die Unfallzahlen im Land Brandenburg müssen drastisch gesenkt werden. Dazu bedarf es eines  
1492 umfassenden Verkehrssicherheitskonzeptes, das öffentliche und gesellschaftliche Akzeptanz für das  
1493 Thema Verkehrssicherheit schafft und abgestimmte Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Verkehr,  
1494 Soziales, Umwelt sowie der Polizei zur Senkung des Unfallrisikos umsetzt. Wir setzen auf einen  
1495 gleichberechtigten Umgang aller Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Straßenraum, auf Prävention  
1496 statt Repression. Für die Autobahnen streben wir ein generelles Tempolimit von 130 km/h an; für alle  
1497 Teilnehmer am Straßenverkehr soll Alkohol tabu sein.

1498

### 1499 **Gesundheitsversorgung**

1500 Damit Menschen sich in ihrer Region gut aufgehoben wissen, brauchen sie Sicherheit für ihre  
1501 gesundheitliche Versorgung. Auch hier ist noch immer viel zu tun. Seit Jahren wird im Land über  
1502 Ärztemangel geredet. Die Bürger beklagen immer längere Wege und Wartezeiten; es hat sich kaum  
1503 etwas positiv verändert

1504 Um die Gesundheitsversorgung in allen Regionen zu gewährleisten, muss die Kooperation von  
1505 öffentlichen, ambulanten und stationären Leistungen neu gestaltet werden. **[ÄA 10.1 TÜ nach**  
1506 **Rücksprache mit Antragsteller]** Das Land hat durch insgesamt attraktive Lebensbedingungen wie  
1507 auch durch gezielte Förderung dazu beizutragen, dass sich wieder mehr Ärzte vor allem für die  
1508 ländlichen Räume ansiedeln. Wir sind für die Einbindung der „Gemeindegewerkschafterin“ in die  
1509 gesundheitliche Versorgung. Sie ist zuverlässige Partnerin der Bürgerinnen und Bürger wie auch der  
1510 praktizierenden Ärzte vor Ort, aber sie kann kein Ärztereplacement sein.

1511 Große Bedeutung haben in unserem Konzept Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention. Wir  
1512 wollen sie zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens entwickeln und den Öffentlichen  
1513 Gesundheitsdienst, vor allem bei seiner Aufgabe zum Ausgleich sozialer Unterschiede stärken.

1514 Gesundheit darf keine Ware sein. Wir verweigern eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern und  
1515 setzen uns für eine Re-Kommunalisierung ein. **[ÄA 10.2 TÜ nach Rücksprache mit Antragsteller;**  
1516 **noch offener Antrag ÄA 10.3]**

1517

### 1518 **Brandenburgs Jugend**

1519 Brandenburgs Zukunft erweist sich darin, welche Perspektive es den heute Jungen geben kann und  
1520 will. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, die Stärkung der Regionen und die  
1521 stabile Verankerung in den guten Traditionen unseres Landes sind die Voraussetzung dafür. Aber auch  
1522 eine Jugendpolitik im engeren Sinne, die junge Leute animiert, in Brandenburg ihre Zukunft zu  
1523 gestalten. Also: eine deutlich bessere Jugendarbeit als bisher.

1524 Der Landesjugendplan muss ausfinanziert werden, damit Angebote der Jugendarbeit überall im Land  
1525 Brandenburg qualitativ ansprechend und quantitativ befriedigend unterbreitet werden können.

1526 Jugend- und Jugendsozialarbeiter müssen tätig werden können, wie es der Bedarf verlangt. Wir gehen  
1527 davon aus, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter bekommt.

1528 Viele Jugendliche möchten sich in den Freiwilligen Ökologischen bzw. Sozialen Jahren engagieren –  
1529 es gehört sich einfach, dass dann auch entsprechend viele Plätze angeboten werden.

1530 Der Jugendarbeitsschutz muss erhalten bleiben.

1531 Weit stärkere Anstrengungen sind zu unternehmen, um die soziokulturelle Jugendarbeit zu  
1532 unterstützen. Das ist für das Flächenland Brandenburg eine schwierige, aber notwendige Aufgabe.



1533

## 1534 **Sport**

1535 Gute Freizeitmöglichkeiten und Sport gehören eng zusammen. Mit der durch den Landeshaushalt  
1536 festgelegten institutionellen Förderung, unabhängig von Lottoeinnahmen, ist ein erster Schritt für eine  
1537 stabile und nachhaltige Förderung des Sportes getan. Das muss ausgebaut werden. So soll der Zugang  
1538 zu Sportangeboten für Kinder und Jugendliche gebührenfrei sein, da gerade im ländlichen Raum der  
1539 Sportverein häufig die einzige Möglichkeit der begleiteten Freizeitgestaltung bietet. Deswegen wollen  
1540 wir das Sportfördergesetz in diesem Sinne präzisieren. Sportförderung umfasst den Breiten- und  
1541 Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport, Sportwissenschaften und Sportmedizin sowie die  
1542 qualifizierte Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und die ständige Qualifizierung auch im  
1543 Behinderten- und Rehabilitationssport.

1544 Wir sehen in einer Erhöhung der Landesmittel für Sportstätten einen zwingenden Weg zur  
1545 Verbesserung der Sportstättensituation, da sowohl Kommunen als auch Vereine langfristig nicht in der  
1546 Lage sind, Sportstätten zu sanieren und zu unterhalten.

1547 Sport ist eine Querschnittsaufgabe sowohl in Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik,  
1548 Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in Tourismus, Wirtschafts- und Umweltpolitik.

1549

## 1550 **Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger**

1551 Brandenburgs Wiedergeburt vor 20 Jahren war Ergebnis eines demokratischen Aufbruchs in der  
1552 späten DDR. An seiner Wiege stand die Erfahrung: Demokratie lebt „von unten“, von den  
1553 Bürgerinnen und Bürgern her. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die Menschen zur  
1554 Mitbestimmung einladen und die Chancengleichheit wahren. Es braucht Gestaltungsspielräume und  
1555 Gestaltungspotenziale - und auch ein solides materielles Fundament und frei verfügbare Zeit.

1556 Direktdemokratische Verfahren, die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, unmittelbar und  
1557 maßgeblich an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sollten nicht folkloristisches  
1558 Feigenblatt, sondern zentraler Bestandteil jeder Demokratie sein, die sich der eigentlichen Bedeutung  
1559 des Wortes verpflichtet fühlt. Sinkende Wahlbeteiligung und die schwindende Akzeptanz der  
1560 parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik haben ihren Ursprung auch in den mangelnden  
1561 Möglichkeiten zur direkten Teilhabe am politischen Prozess.

1562 Elemente direkter Bürgerbeteiligung können diesem Trend allgemeiner Politikverdrossenheit entgegen  
1563 wirken. Gleichzeitig dienen Volksabstimmungen der Kontrolle parlamentarischer Politik. Durch die  
1564 direkte legislative Funktion von Volksentscheiden können Gesetze erlassen werden, welche den  
1565 Mehrheitswillen der Bevölkerung unmittelbar widerspiegeln.

1566 Aus diesen Gründen fordern wir die Anpassung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative,  
1567 Volksbegehren und Volksentscheid. Wir fordern, dass in Brandenburg – genauso wie zum Beispiel in  
1568 Berlin, Niedersachsen oder Sachsen – die Unterschriften für ein Volksbegehren auf der Straße  
1569 gesammelt werden können. Das Leisten der Unterschrift in einem Amt ist angesichts der Flächen- und  
1570 Ämterstruktur in Brandenburg und ohne hinreichenden Nahverkehr eine enorm hohe Hürde für die  
1571 BürgerInnenbeteiligung.

1572 Junge Menschen können und sollen früher mitentscheiden: indem sie schon ab 16 an Wahlen  
1573 teilnehmen, indem Jugendparlamente eingerichtet und mit praktischem Einfluss ausgestattet werden.

1574 Wir unterstützen und fördern die Einführung von Bürgerhaushalten. Auf dem Weg zur  
1575 Bürgerkommune können Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten mehr und mehr in die eigenen  
1576 Hände nehmen. Bürgerschaftliches Engagement in Beiräten und Bürgerinitiativen muss stärker  
1577 anerkannt und gefördert werden.

1578 Wir fordern zudem eine grundlegende Reform der gesamten parlamentarischen Arbeit. Für uns  
1579 gehören dazu vor allem mehr Öffentlichkeit in der Parlamentsarbeit, die Erweiterung der  
1580 Informations- und Kontrollrechte des Landtages gegenüber der Regierung, die Stärkung der Rolle der  
1581 Opposition und eine Neuordnung der Abgeordnetengesetzgebung zur Abschaffung unzeitgemäßer  
1582 Privilegien.

1583

## 1584 **Stärkung der Bürgerrechte**

1585 Demokratie setzt Rechtsstaatlichkeit voraus. Wir erleben aber gegenwärtig, wie in einem Klima von  
1586 Bedrohungsängsten Überwachungsmöglichkeiten des Staates ausgebaut und zugleich die Eingriffe in  
1587 die Grundrechte ausgeweitet werden. Politische Praxis und aktuelle Rechtsprechung höhlen das  
1588 Grundgesetz in Kernbereichen aus, sei es der Schutz der Privatsphäre, die Unantastbarkeit der  
1589 Wohnung, das Briefgeheimnis und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Unsere  
1590 Gesellschaft braucht aber einen starken Rechtsstaat, dessen Handeln sich konsequent an den Werten  
1591 und Normen des Grundgesetzes ausrichtet, indem er sowohl der Verwirklichung der Freiheitsrechte  
1592 als auch der sozialen Gerechtigkeit dient.

1593 Die jüngsten Überwachungsskandale bei Telekom und Deutscher Bahn haben uns mit aller  
1594 Deutlichkeit gezeigt, wie sehr die Grundrechte der Bürger hierzulande durchlöchert werden. Die  
1595 technischen Möglichkeiten sind grenzenlos, wenn es darum geht, persönliche Daten über den  
1596 Einzelnen zu sammeln – sei es durch den Staat oder durch private Unternehmen. Die Methoden sind  
1597 gleich. Die Motive sind verschieden: unter der Flagge der Terrorbekämpfung für die Sicherheit, zur  
1598 vermeintlichen Bekämpfung von Korruption, bei der Überwachung von Sozialhilfeempfängern oder  
1599 einfach um zu wissen, wie und was wir konsumieren. Bürgerliche Freiheitsrechte, und dazu gehört das  
1600 Recht auf Privatsphäre, sind Kernbestand unseres Grundgesetzes. Diese Rechte aufzuweichen oder gar  
1601 einzuschränken, mit welchem Motiv auch immer, gefährdet unsere Demokratie. Bürgerrechte  
1602 bedeuten keine Gefahr für die Sicherheit unseres Gemeinwesens, sie sind das Fundament unseres  
1603 politischen Systems. Das sagen wir im vollen Bewusstsein unserer zum Teil bitteren historischen  
1604 Erfahrungen. Es gibt für uns heute keine Gegenüberstellung von sozialen und politischen Rechten.  
1605 Soziale Gerechtigkeit und die Freiheit des Einzelnen gehen Hand in Hand. Sicherlich gibt es  
1606 Möglichkeiten des Schutzes und der Verhinderung von Datenmissbrauch, wie das Brandenburgische  
1607 Datenschutzgesetz und das Gesetz zur Akteneinsicht und zum Informationszugang. Aber wer kennt  
1608 seine Rechte, wenn es um Akteneinsicht geht oder Behörden die Informationen unrechtmäßig  
1609 verweigern?

1610 Wir wollen die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht in  
1611 Brandenburg deutlich stärken. Dazu gehört die Zusammenlegung der  
1612 verschiedenen Behörden, die sich mit dem Datenschutz im Land  
1613 beschäftigen die Erweiterung der Rechte, die personelle Aufstockung  
1614 dieser Einrichtung, die Erhöhung der Transparenz und die  
1615 bürgerfreundliche Ausgestaltung dieser Einrichtungen. Dazu bedarf es  
1616 keiner umfangreichen Finanzen; politischer Wille ist gefragt, um den  
1617 Bürgerrechten auch institutionell den Rücken zu stärken.

**Schlüsselvorbaben 12:  
Mehr Rechte für den  
Datenschutz – und eine  
starke Behörde dafür**

1625 Zugleich werden wir uns stärker um den Datenschutz für Arbeitnehmer in Unternehmen kümmern, wo  
1626 Überwachung und Datenmissbrauch deutlich zunehmen. Brandenburg soll sich daher auf  
1627 Bundesebene für eine Gesetzesinitiative zum Datenschutz der Arbeitnehmer einsetzen.

1628

## 1629 **Öffentliche Sicherheit**

1630 Öffentliche Sicherheit entsteht nicht durch aktionistische Ausweitung polizeilicher Eingriffsbefugnisse  
1631 und schon gar nicht durch radikalen Personalabbau sowie Schließung von Polizeiwachen. Um die  
1632 öffentliche Sicherheit zu stärken, schlagen wir einen anderen Weg als den des bisherigen  
1633 Innenministers Schönbohm vor. In einem ersten Schritt soll das unter seiner Federführung zustande  
1634 gekommene Polizeigesetz von unabhängiger Seite überprüft werden. Wir wollen eine stärkere  
1635 Zusammenarbeit mit Berlin und eine zügige Angleichung des Polizeirechts beider Länder. Das  
1636 schließt die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte im Einsatz ein, die gegenwärtig in Berlin  
1637 umgesetzt wird.

1638 Wir setzen auf Kriminalprävention durch Sicherung des Sozialstaates. Wir setzen auf einen wirksamen  
1639 Ausbau der kommunalen Kriminalitätsverhütung. Wir fordern einen Ausbau des Netzes der  
1640 Revierpolizisten und die Präsenz einer bürgernahen Polizei. Große Bedeutung messen wir einer  
1641 qualifizierten Aus- und Fortbildung der Polizei bei. Wir setzen uns ein für eine schnelle Verfolgung

1642 von Straftaten und einen Strafvollzug, der zu einem straffreien Leben erzieht. Wir ergreifen die  
1643 Initiative für ein brandenburgisches Resozialisierungsgesetz. Besonderen Stellenwert hat für uns die  
1644 übergreifende und ursachenbezogene Bearbeitung der Jugendkriminalität.

1645 Die zeitnahe Umsetzung des geltenden Rechts muss für alle gesichert sein. Dazu gehören für uns auch  
1646 Gerichte in allen Landesteilen, die materiell und personell ausreichend ausgestattet sind.

1647 Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch ein effektiver landesweiter flächendeckender Brand- und  
1648 Katastrophenschutz. Dabei haben aus unserer Sicht die Freiwilligen Feuerwehren einen hohen  
1649 Stellenwert. Dazu ist das Konzept der Stützpunkfeuerwehren weiterzuentwickeln und gesetzlich zu  
1650 regeln.

1651

## 1652 **Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen.**

1653 Die Mark Brandenburg hat in ihrer langen, widersprüchlichen Geschichte immer dann gute, stabile  
1654 und schöpferische Zeiten gehabt, wenn sie auf Toleranz und Solidarität, Offenheit und Integration  
1655 setzte. Das ist auch unsere Linie.

1656 Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen,  
1657 sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unseres Landes so wichtige Ziel ist noch  
1658 nicht überall in Brandenburg gelebte Realität. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind  
1659 Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent  
1660 zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier  
1661 trägt die Politik eine große Verantwortung. Wir setzen uns für die Umsetzung und Stärkung des  
1662 Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ein. Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen.  
1663 Mit Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen. Neue, rechtliche oder bürokratische  
1664 Konstrukte werden nicht gebraucht. Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen können sich,  
1665 wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Kultur und Bildung klären  
1666 über Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein. Entscheidend ist letztlich, die  
1667 sozialen Ursachen für rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut zu überwinden. Die junge  
1668 Generation braucht Berufsperspektiven in allen Regionen des Landes, damit Offenheit und  
1669 Selbstbewusstsein durch eigene Leistung und Teilhabe wachsen können. In einer globalisierten  
1670 Wirtschaft werden Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit nur dann zurückgedrängt werden  
1671 können, wenn es uns gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den weiter gewachsenen  
1672 Reichtum gerechter zu verteilen.

1673

## 1674 **Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten**

1675 Der Ansatz von Toleranz und Solidarität, Offenheit und Integration taugt nicht als Lippenbekenntnis,  
1676 sondern nur als Grundsatz politischen Handelns. So setzen wir uns in Brandenburg für entsprechende  
1677 Lebensbedingungen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Migrantinnen und Migranten  
1678 sollen die gleichen Rechte haben wie alle anderen Brandenburgerinnen und Brandenburger. Die  
1679 Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gehört abgeschafft. Die Bewegungsfreiheit  
1680 eines jeden Menschen muss gewährleistet sein. Das Sachleistungsprinzip, wonach Asylbewerberinnen  
1681 und Asylbewerber nur mit Gutscheinen einkaufen dürfen, muss landesweit durch Geldleistungen  
1682 ersetzt werden. Menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung betrachten wir als  
1683 Selbstverständlichkeit. Statt in abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften sollten Asylbewerberinnen  
1684 und Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden, die für eine Integration in die Gesellschaft  
1685 förderlich sind. Nicht zuletzt setzen wir uns für einen sofortigen Abschiebestopp und die Abschaffung  
1686 von Dauerduldung ein, damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst  
1687 leben müssen, aus ihrer derzeitigen Heimat abgeschoben zu werden.

1688

## 1689 **Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken**

1690 Wir bekennen uns zum Verfassungsauftrag, das Recht des sorbischen Volkes auf Schutz, Erhaltung  
1691 und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes durch das Land, die

1692 Gemeinden und Gemeindeverbände zu gewährleisten. Auf diese staatliche bzw. kommunale  
1693 Unterstützung haben die Sorben (Wenden) einen Anspruch. Es muss Schluss damit sein, dass ihre  
1694 Vertreter diesen Anspruch immer wieder aus einer Bittstellerrolle heraus einfordern müssen. Wir  
1695 werden uns deshalb für ein novelliertes Sorben(Wenden)-Gesetz einsetzen, das die Kultur- und  
1696 Bildungsautonomie des sorbischen Volkes stärkt. Die Rechte der demokratisch legitimierten Gremien  
1697 des sorbischen Volkes gegenüber sorbischen Bildungseinrichtungen müssen erweitert werden. Das  
1698 Rederecht des Sorben(Wenden)-Rates im Landtag gehört ebenso in das Gesetz wie verbrieft  
1699 Anhörungsrechte für den Fall, dass die Landesregierung durch Gesetze, Rechtsverordnung oder  
1700 vertragliche Vereinbarungen Fragen regeln will, die das sorbische (wendische) Volk unmittelbar  
1701 berühren. Personalentscheidungen an sorbischen (wendischen) Einrichtungen sollten künftig nicht  
1702 mehr ohne Anhörung der gewählten Gremien der Minderheit getroffen werden. Die unwürdigen  
1703 öffentlichen Diskussionen über die Höhe der finanziellen Ausstattung der Stiftung für das sorbische  
1704 Volk der vergangenen Jahre müssen der Vergangenheit angehören – die Bundesrepublik sowie die  
1705 Länder Brandenburg und Sachsen stehen gerade wegen des staatlichen Unrechts, das Sorben  
1706 (Wenden) über Jahrhunderte in Deutschland erleiden mussten, und wegen der Vernichtung eines  
1707 erheblichen Teils des angestammten Siedlungsgebietes, in einer besonderen Verantwortung.  
1708

### 1709 **Brandenburg-Berlin – ein Region mitten in Europa, ein Teil der Einen Welt**

1710 Wir bleiben dabei: Brandenburg ist mehr als die Metropolen-Region um Berlin. Seine Beziehungen  
1711 zur Bundeshauptstadt sind nicht nur in der Form einer Länderfusion denkbar. Wir wollen eine  
1712 intensive Zusammenarbeit mit Berlin zum gegenseitigen Nutzen. Was liegt näher, als sich gemeinsam  
1713 den wirklich existentiellen Herausforderungen zu stellen, die sich für die gesamte Region aus dem  
1714 Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen Standortwettbewerb ergeben. Auf der  
1715 Tagesordnung stehen eine integrierte Bildungslandschaft und Infrastruktur, ein gemeinsames Konzept  
1716 für Wasserversorgung und Klimaschutz, ein Energieverbund, eine Zusammenlegung der  
1717 Wirtschaftsförderung und eine abgestimmte Kooperation mit benachbarten polnischen  
1718 Woiwodschaften. Ein weiteres Potenzial liegt in der Verknüpfung der Förderung von  
1719 Zukunftsbranchen. Für die Gestaltung der Zusammenarbeit wollen wir die Erfahrungen aus knapp 20  
1720 Jahren Zusammenarbeit und Konkurrenz sorgfältig berücksichtigen.

1721 Brandenburg ist nicht nur „im Zentrum des vereinten Europas gelegen“, wie wir es häufig in  
1722 offiziellen Regierungsdokumenten lesen. Die Europäische Union beeinflusst das Leben der  
1723 Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande täglich und unmittelbar. Und die Brandenburger  
1724 Landespolitik hat die Kompetenz, europäische Entscheidungen mit zu beeinflussen: über den  
1725 Bundesrat oder auch vor Ort in Brüssel.

1726 Die Europäische Union darf nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit sein, sondern sie muss auch  
1727 eine soziale werden. Deswegen setzen wir uns für eine soziale Fortschrittsklausel in den Europäischen  
1728 Verträgen ein. Wir wollen aber auch im Land mehr tun. Denn Brandenburg kann mehr dazu beitragen,  
1729 jene Lücke zu schließen, die heute zwischen „Brüssel“ und den sozialen Problemen der Europäer  
1730 klafft. Wenn Europapolitik mittlerweile Innenpolitik ist, dann muss Brandenburg europäischer  
1731 werden. Das gilt nicht nur für die Menschen, das gilt zuerst für die Politik, wo eher Provinzialität und  
1732 Scheu herrschen, wenn es um europäische Fragen geht. Es mangelt dem Landtag an Mitsprache in  
1733 diesen Fragen und es mangelt der Regierung an Initiativen, die die europäischen Möglichkeiten gezielt  
1734 für die Entwicklung unseres Landes nutzen. Dabei geht es nicht nur und auch nicht zuallererst um  
1735 Förderfonds. Es geht um konkretes Handeln, dass über vorhandene Programme und laufende  
1736 Aktivitäten hinaus neue politische Akzente setzt.

1737 Die Erarbeitung einer Europäischen Verfassung, an deren Entstehung auch die Brandenburgerinnen  
1738 und Brandenburger aktiv mitwirken und über die sie dann in einem Referendum abstimmen können,  
1739 steht für uns weiter auf der europäischen Agenda.

1740 Wir meinen: Brandenburg braucht eine europapolitische Offensive. Landtag und Landesregierung  
1741 sollten in enger Abstimmung mit unseren Nachbarn in Polen ein „Europapolitisches Programm für ein  
1742 zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“ erarbeiten, um die Chancen unserer an Oder und  
1743 Neiße gelegenen deutsch-polnischen Region in Europa besser zu nutzen.

1744

1745 **Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße**

1746 Nach der EU-Osterweiterung liegt Brandenburg nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern ist Teil  
1747 einer größeren europäischen Region auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze. Dieser Raum  
1748 wird von den Wachstumszentren Berlin, Szczecin, Poznań und Wrocław getragen; zugleich ist er  
1749 wesentlich für die Entwicklung der ausgedehnten ländlichen Räume.

1750 Für eine wettbewerbsfähige europäische Region an Oder und Neiße bleibt noch viel zu tun: eine  
1751 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines Wirtschaftsstandortes  
1752 Berlin/Brandenburg-Westpolen, die Schaffung eines Netzwerkes von Hochschul- und  
1753 Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines grenzüberschreitenden  
1754 Verkehrskonzepts wie von kleinteiligen Verkehrslösungen zwischen Grenzstädten oder die  
1755 gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region im Sinne eines  
1756 Erlebnisraumes Oder-Neiße. Wir wollen die Anstrengungen für einen abgestimmten Natur- und  
1757 Katastrophenschutz intensivieren - so kann der Lebensraum von Hunderttausenden Menschen für  
1758 heutige und nachfolgende Generationen bewahrt werden.

1759 Auch der im Bau befindliche Großflughafen in Schönefeld markiert einen Bereich, in dem dringender  
1760 Bedarf für Abstimmung und Koordinierung jenseits nationaler Grenzen besteht.

1761 Mit der Oderpartnerschaft sind wir auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen europäischen Region an  
1762 Oder und Neiße. Wir unterstützen dieses Projekt nicht nur mit Absichtserklärungen, wie es andere  
1764 Parteien tun, sondern sie wird dieser Initiative sowohl Struktur als auch  
1766 Beständigkeit geben. Das könnte zu einer regionalen Institution mit  
1768 Entscheidungskompetenzen führen, mit denen die verschiedenen Akteure  
1770 vernetzt und Programme gezielter genutzt werden. Eine solche Initiative,  
1772 gemeinsam mit Berlin vorangetrieben, würde brandenburgische Politik  
1774 nicht nur europäischer machen, sondern der deutsch-polnischen  
1776 Zusammenarbeit einen eigenen brandenburgischen Akzent geben.

**Schlüsselvorhaben 13:  
Struktur und  
Beständigkeit für die  
Oderpartnerschaft**

1777 Landtag und Landesregierung müssen sich auf die erhöhten Anforderungen einstellen, die sich aus der  
1778 Verflechtung zwischen europäischer Politik und der Landes- und Kommunalpolitik in Brandenburg  
1779 ergeben. Im Wettbewerb der Regionen sind eine europapolitisch hochqualifizierte Verwaltung und ein  
1780 europapolitisch engagierter Landtag wichtige Voraussetzungen.

1781

1782 **Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden**

1783 Brandenburger Landespolitik muss sich wieder stärker in den ärmsten Regionen der Welt engagieren  
1784 und so einen eigenständigen Beitrag zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele der UNO zur  
1785 weltweiten Bekämpfung von Armut leisten. Die Mitverantwortung unseres Landes in einer  
1786 globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die  
1787 Gewährleistung einer sozialen Infrastruktur in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie  
1788 die Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind wichtige  
1789 Ansatzpunkte für eine Brandenburger Nachhaltigkeitsstrategie. Ernsthaftige Politik für ein modernes  
1790 und soziales Brandenburg in der Einen Welt muss dabei vor allem jene Gruppen und Netzwerke im  
1791 Lande angemessen unterstützen und einbeziehen, die sich engagiert und selbstlos hier und in der Einen  
1792 Welt für Entwicklung und Umweltschutz einsetzen. Globales Lernen und Bildung für nachhaltige  
1793 Entwicklung müssen in Brandenburger Schulen fest verankert werden.

## 1794 **5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen**

1795

1796 Brandenburg wurde von der Krise unter Bedingungen getroffen, die schon vorher kompliziert waren –  
1797 komplizierter als in den Jahren zuvor. Das betrifft insbesondere die finanzielle Lage des Landes und  
1798 seiner Kommunen. Bisherige Haushaltskonsolidierungen waren vor allem der positiven  
1799 konjunkturellen Situation der letzten Jahre sowie der Reduzierung von Personalkosten geschuldet.  
1800 Doch trotz der positiven Konjunktorentwicklung der letzten Jahre ist die Verschuldung des Landes auf  
1801 mittlerweile über 18 Milliarden Euro gestiegen. Diese Entwicklung ist kaum zu stoppen – jetzt erst  
1802 recht nicht. Steigende Zinsausgaben, immens wachsende Pensionslasten, jährlich sinkende  
1803 Solidarpaktmittel, die sich ändernde EU-Förderung (insbesondere im Bereich der Agrar-  
1804 Strukturförderung) und die noch nicht einmal voll absehbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise  
1805 – das sind die Realitäten der nächsten Jahre. Die finanziellen Spielräume für eine Politik, die nicht nur  
1806 ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben verwalten will, sondern nachhaltige Entwicklung mit eigenem  
1807 Gestaltungsanspruch betreiben will, sind vor diesem Hintergrund äußerst eingeschränkt.

1808 SPD, CDU und FDP antworten auf diese Situation mit Konzepten, die alles auf einmal ankündigen  
1809 und nichts wirklich sinnvoll werden durchsetzen können: großzügigste Steuersenkungen, gewaltige  
1810 kreditfinanzierte Konjunkturprogramme und strengste Haushaltssanierung gleichzeitig – das passt  
1811 einfach nicht zusammen. In dieser Situation schon gar nicht. Der größte Fehler ist der Beschluss, jetzt  
1812 per Verfassungsänderung ab 2020 ein Verbot der Neuverschuldung einzuführen. Eine solche  
1813 „Schuldenbremse“ wird es daher mit der LINKEN nicht geben. Niemand kann heute die  
1814 wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen und Notwendigkeiten innerhalb dieses  
1815 Zeitraumes genau genug vorhersehen. Nur eines ist klar: Für Brandenburg z. B. bringt dieser  
1816 Beschluss schon ab 2011 zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen an Länder  
1817 wie das Saarland und Bremen mit sich.

1818 Eines ist absehbar, dass im Zeitraum 2009 bis 2014 die Verschuldung des Landes wieder anwachsen  
1819 wird. Genauso klar ist aber auch: Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes darf dadurch nicht  
1820 gefährdet werden. Brandenburg darf nicht in den Staatsbankrott geführt werden, sondern muss  
1821 Einnahmen und begrenzte neue Kredite so einsetzen, dass damit die Lösung der strukturellen  
1822 Probleme in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung und bei den Kommunen angepackt  
1823 werden kann.

1824 Unsere Vorschläge in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft, Konversion sind durch einen neuen  
1825 inhaltlichen Ansatz zu finanzieren und haben einen effizienteren Mitteleinsatz zur Folge. Der  
1826 Finanzbedarf für einen Einstieg in eine sozial und wirtschaftliche ausgewogenen Entwicklung umfasst  
1827 150 Millionen Euro. Vorhaben wie die Agrarwirtschaftsinitiative oder der Umbau der Förderlogik  
1828 kosten kein zusätzliches Geld, sondern werden durch Veränderungen bei der Verwendung der dem  
1829 Land zufließenden Mittel ermöglicht.

1830 Wir sind der Überzeugung, dass mit den im Wahlprogramm genannten Projekten ein finanziell  
1831 verantwortbarer Weg beschritten wird. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Lösung  
1832 konjunktureller Probleme, sondern um die Auflösung von seit Jahren zu verzeichnenden  
1833 Strukturdefiziten für eine nachhaltige Entwicklung des Landes sowie um die weitere Stabilisierung  
1834 von Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement in Brandenburg.

1835 Diesen notwendigen politischen Entscheidungen können weitere folgen. Voraussetzung dafür ist eine  
1836 Bestandsaufnahme der finanziellen Situation Ende des Jahres, die wesentlich vom weiteren  
1837 Krisenverlauf und von den politischen Entscheidungen auf Bundesebene geprägt sein wird.

1838 Wir sprechen deswegen von einer Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß, die wir in Brandenburg  
1839 durchsetzen wollen.

1840 Durch eine Konzentration der vorhandenen Mittel und Programme auf politische, soziale und  
1841 wirtschaftliche Schwerpunkte muss den großen und weiter zunehmenden regionalen  
1842 Verschiedenheiten und unterschiedlichen Problemlagen im Land Rechnung getragen werden.  
1843 Notwendige Strukturinvestitionen sowie die Öffentliche Daseinsvorsorge müssen finanziert werden.  
1844 Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und für mehr Beschäftigung sichern künftige



- 1845 Einnahmen des Gemeinwesens. Existenzsichernde Arbeitsplätze bringen höhere Steuereinnahmen und  
1846 senken die Defizite der Sozialkassen.
- 1847 Durch einen Umbau der Förderlogik und –struktur kann Brandenburg auch zukünftig finanzielle  
1848 Anreize und Unterstützung bieten. Neben Zuschüssen oder revolvingierenden Fonds wollen wir die  
1849 Bürgerschafts- und Beteiligungsprogramme neu gestalten. Wir werden bei der Ausgestaltung von  
1850 Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union die Bedürfnisse der Brandenburger Städte und  
1851 Gemeinden besonders berücksichtigen. Damit könnten ca. 100 Mio. Euro an zurückgehenden  
1852 Zuweisungen des Bundes und der Europäischen Union inhaltlich kompensiert werden. Die  
1853 revolvingierenden Fonds sollten einen Umfang von 250 Mio. Euro umfassen, um auch in der Perspektive  
1854 Investitionsförderung und Regionalentwicklung sicherzustellen.
- 1855 Die rigide Personalplanung der Landesregierung ist eine der Ursachen für die vorhandenen  
1856 strukturellen Defizite im Land. Sie muss an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden, um  
1857 Grundzüge der Entwicklung in Brandenburg sicherstellen zu können. Personalausgaben sind nicht nur  
1858 ein Kostenfaktor, sondern auch eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand.  
1859 Insbesondere im Bildungsbereich gibt es keine Alternative zum einem Stellenaufwuchs, um  
1860 Zukunftsfähigkeit sicherzustellen.
- 1861 Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß – das heißt: in die Zukunft investieren, für die Zukunft  
1862 konsolidieren und damit in der Gegenwart bestehen.

- 1863 ***Es ist an der Zeit***  
1864  
1865 Wir, DIE LINKE in Brandenburg, treten an  
1866 ⇒ für Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann,  
1867 ⇒ gegen die Armut im Land und für bessere Lebensbedingungen von Kindern  
1868 ⇒ für bezahlbare Lebensumstände  
1869 ⇒ für eine gute Bildung und Ausbildung hier und heute  
1870 ⇒ für Kultur für alle  
1871 ⇒ für ein verlässliches Gemeinwesen  
1872 ⇒ für mehr Demokratie und Teilhabe, für Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.  
1873 **[ÄA 3.8]**  
1874 Klar ist für uns:  
1875 Wir brauchen einen Politikwechsel!  
1876 Es ist an der Zeit, auch in Brandenburg vieles neu zu ordnen!  
1877  
1878 Wir laden Sie ein, sich mit unseren Projekten vertraut zu machen, gemeinsam mit uns zu streiten,  
1879 Lösungen zu suchen und zu finden – für ein zukunftsfähiges Brandenburg.  
1880  
1881 Wir bitten um ihr Vertrauen, weil wir Brandenburg durch die Krise und aus der Krise führen wollen.  
1882 **[ÄA 4.15]**